

Die Vorherrschaft des Freisinns bis zum Generalstreik

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Schaffhauser Beiträge zur Geschichte**

Band (Jahr): **52 (1975)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Entwicklung der Parteien im 20. Jahrhundert

Die Vorherrschaft des Freisinns bis zum Generalstreik

Die Freisinnig-demokratische Partei

Gründung

Was 1884 mit der Neubelebung des *Politischen Vereins* noch nicht möglich war, 1894 anlässlich der Gründung der *Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz* verpasst und 1903 mit der *Politisch-freisinnigen Vereinigung* nur in Ansätzen verwirklicht wurde, gelang im Jahr 1904. Die freisinnigen Männer von Stadt und Landschaft schlossen sich zur *Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Schaffhausen* zusammen.

Das *Intelligenzblatt* bereitete die Bevölkerung mit Presseartikel vor und lud zur Gründungsversammlung auf den 24. Januar 1904 ins Restaurant «Schützenhaus» ein¹. Anlass für die Schaffhauer Parteigründung waren lokalpolitische Gegebenheiten und die Neuordnung der schweizerischen Partei. In Schaffhausen stand der Zusammenschluss der Linken zu einer *Sozialdemokratischen Partei* unmittelbar bevor. Er erfolgte am 31. Januar 1904 (S. 225). Die einflussreichen Freisinnigen hatten überdies wenig Vertrauen in die politisch wenig profiliert operierende *Freisinnig-demokratische Vereinigung*, die sich durch den Aufbau einer kantonalen Parteiorganisation auf den richtigen Weg zu bringen hofften.

Die Gründungsversammlung vom 24. Januar wurde von National- und Regierungsrat Dr. Robert Grieshaber geleitet, der in seinem Eröffnungsreferat betonte, dass sich die *Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Schaffhausen* der gleichnamigen schweizerischen Partei einordnen wolle und mit ihr gegen ultramontane Uebergriffe und reaktionäre Bestrebungen ankämpfen werde. Ge-

¹ SI 8.1.1904, 9.1.1904, 18.1.1904. Das *Tagblatt* (Redaktor Eugen Müller) verhielt sich bis zur Gründung auffallend passiv und druckte lediglich einen Korrespondentenbericht nach (ST 13.1.1904).

gen die Linke müsse der Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht verteidigt werden. Daneben seien die sozialen Aufgaben nicht zu vergessen, und wenn die Sozialdemokraten hierin auch als Zugpferde wirken, so sei den Freisinnigen doch das bisher Geschaffene zu verdanken, «man denke an Nationalrat Joos»². Die neue Partei werde freisinnig und fortschrittlich in die kantonale Politik eingreifen und ihre Tätigkeit unter die Devise stellen: In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas (In notwendigen Dingen Einheit, in zweifelhaften Freiheit, in allen aber werktätige Liebe).

Die von Nationalrat Dr. Carl Spahn ausgearbeiteten Statuten³ sahen vor, dass sich die *Freisinnig-demokratische Partei des Kantons Schaffhausen*, die vorerst nur aus einem Gründungsgremium bestand, Bezirks- und Gemeindesektionen bilden werde. Ferner hoffte man auf den Anschluss von bestehenden Schützen-, Gesangs-, Lese- und Männervereinigungen. Als höchste Instanz wurde eine Delegiertenversammlung vorgesehen, die über das Parteiprogramm zu befinden hatte. Sie wurde gebildet aus dem Zentralvorstand von 25 Mann, den Mitgliedern der Bundesversammlung und den Delegierten der Bezirks- und Gemeindevereine. Die Leitung der Partei wurde einem Zentralvorstand übertragen, der aus dem leitenden Ausschuss und je sechs Mitgliedern der Bezirke Hegau, Klettgau und Schaffhausen zusammengesetzt wurde. Die eigentliche Geschäftsführung besorgte ein leitender Ausschuss von sieben Mitgliedern. Die Finanzierung der Parteiausgaben wurde so geregelt, dass die Ratsmitglieder einen Jahresbeitrag von drei Franken zu bezahlen hatten, während die andern Mitglieder von Kosten befreit waren.

Der erste Zentralvorstand

Die konstituierende Versammlung vom 24. Januar nahm auf Grundlage dieser Statuten die Wahlen in den Zentralvorstand vor, welche zeigen, dass die Parteigründung sorgfältig vorbereitet und die massgebenden Männer eingeladen worden waren. Die Wahlen ergaben folgendes Resultat⁴:

² Tagungsbericht in ST 25.1.1904.

³ Stadtbibliothek, FDP-Archiv. Betreffend Urheberchaft von Spahn siehe: 100 Jahre Demokratie 109.

⁴ SI/ST 25.1.1904. Vgl. die Namenliste des Gründungskomitees, das 59 Persönlichkeiten aus dem ganzen Kanton umfasste, in SI 18.1.1904.

- Parteipräsident: Dr. Robert Grieshaber, Nationalrat, Regierungsrat
- Leitender Ausschuss: Heinrich Bolli (Vizepräsident), Oberst, Rechtsanwalt
 Georg Steinegger, Forstmeister
 Johannes Müller, Ständerat (Thayngen)
 Rudolf Fischli, Müller
 Johann Tanner, Stadtrat
 Dr. Konrad Brütsch, Rechtsanwalt
- Bezirk Hegau: Martin Stamm, Gemeindepräsident (Thayngen)
 Martin Bernath, Hauptmann (Thayngen)
 Albert Rühlin, Gemeindepräsident (Dörflingen)
 Heinrich Störchlin (Stein am Rhein)
 Jakob Lieb, Hauptmann, Gemeindepräsident (Stein am Rhein)
 Gottlob Hug, Regierungsrat (Ramsen)
- Bezirk Klettgau: Jakob Schlatter, Gemeinderat (Hallau)
 Michael Pletscher, Bezirksgerichtspräsident (Schleitheim)
 Hans Müller, Gemeindepräsident (Gächlingen)
 Jakob Keller, Regierungsrat (Siblingen)
 Dr. Heinrich Schärker (Neunkirch)
 Hans Gisel, Obergerichtspräsident (Wilchingen)
- Bezirk Schaffhausen: Gottfried Schönholzer, Reallehrer
 Emil Frauenfelder, Staatsanwalt
 Dr. Albert Ammann, Ständerat
 Dr. Carl Spahn, Nationalrat, Stadtpräsident
 Albert Moser-Tobler, Hauptmann, Architekt (Neuhausen am Rheinfall)
 Jakob Oechslin, Marmorist

Diese Aufstellung und die Namenliste des Initiativkomitees zeigen, dass sich praktisch alle in Amt und Würden stehenden Schaffhauser Politiker der neuen Partei anschlossen: die vier Vertreter in der Bundesversammlung (Grieshaber, Müller, Ammann, Spahn), alle fünf Regierungsräte (Grieshaber, Hug, Keller, Moser-Ott und Rahm), vier von fünf Schaffhauser Stadträten (Spahn, Tanner, Votsch, Flach, es fehlt Johannes Blum) und 30 Kantonsräte. Fast alle Zentralvorstandsmitglieder waren bestandene Staats- und Gemeindebeamte oder Vertreter von Regierung, Justiz und Militär. Mit Dr. Robert Grieshaber trat ein Mann an die Spitze der Partei, der nicht nur im Nationalrat ein grosses Ansehen genoss⁵, sondern auch die Gegensätze zwischen Stadt und Land, zwischen Freisinnigen und Demokraten sowie zwischen kirchlichen und anti-kirchlichen Strömungen auszugleichen verstand. Seine Herkunft aus Hallau, dem Sitz der traditionellen ländlichen Opposition gegen die Stadt, und die langjährige Erfahrung als National- und Regierungsrat sicherte ihm ein Vertrauen, das durch seine wohlwollende und umgängliche Art unterstützt wurde. Die Wahl von Dr. Heinrich Bolli als Vizepräsident lässt die Vermutung zu, dass Robert Grieshaber möglicherweise nicht die treibende, sondern die vermittelnde Persönlichkeit bei der Parteigründung war.

Schon bei der nächsten Gelegenheit, bei der Vorstandsneuwahl vom 28. Februar 1909, trat Grieshaber zugunsten von Heinrich Bolli als Parteipräsident zurück⁶. Profiliertes und kräftiger trat Bolli den Sozialdemokraten, Liberalen und Katholiken gegenüber und prägte damit das Bild eines weit rechtsstehenden Schaffhauser Freisinns.

Freisinn und Presse

Neben Heinrich Bolli galt Stadtpräsident Dr. Carl Spahn als treibende Kraft. Die beiden Juristen hielten das *Intelligenzblatt*, das seit dem Tod von Hermann Freuler (1903) von einem literarisch orientierten Redaktor namens Jean R. Frey geleitet wurde, fest in ihrer Hand, indem sie die politischen Artikel lieferten⁷. Auch unter der Redaktion von Karl Heinrich Maurer, der

⁵ Grieshaber war bereits 1898 in den Zentralvorstand der FDP der Schweiz gewählt worden (Gruner, Bundesversammlung 495).

⁶ SI/ST 29.9.1909.

⁷ KZ 27.10.1904. Bolli zeichnete seine Artikel mit «B», Spahn mit «*». Einige Artikel von Spahn sind gesammelt in *Carl Spahn, Juristische und politische Publizistik*, Schaffhausen, 1938.

Frey 1906 ablöste, wurde diese Konstellation beibehalten. Auf den 1. August 1907 erhielt das *Intelligenzblatt* wieder einen politischen Redaktor. Der Geschichtslehrer an der Schaffhauser Kantonschule, Dr. Walter Wettstein, der sich durch seine Korrespondenzberichte für die *Neue Zürcher Zeitung* ausgezeichnet hatte, übernahm vollamtlich das *Intelligenzblatt* und redigierte es in freisinniger Weise bis zu seinem Grippetod im Oktober 1918. Das *Tagblatt* mit Redaktor Dr. Eugen Müller ordnete sich nicht in allen Teilen den Bestrebungen der Bolli-Spahn-Partei unter. Die Wahlen in den Zentralvorstand zeigen, dass Eugen Müller als Promotor der *Politisch-freisinnigen Vereinigung* entweder abseits stehen wollte oder absichtlich übergangen wurde. Er sorgte in den folgenden Jahren, auch nachdem sich die *Politisch-freisinnige Vereinigung* in die Kantonalpartei integriert hatte, für eine innerparteiliche Opposition, indem er einerseits der Parteiführung genau auf die Finger schaute und andererseits den liberal-konservativen Protestanten ein Tor in seinem Blatt offenhielt⁸. Konzilianter verhielt sich Dr. Oswald Heer als Redaktor der *Klettgauer Zeitung* gegenüber der *Freisinnig-demokratischen Partei*, in deren Geist er das Landschaftsblatt von 1906 bis 1918 führte. Wie Johann Georg Stamm am *Schaffhauser Boten* (Schleitheim) vertrat er einen bäuerlich gefärbten Freisinn und nahm damit die Tradition der Demokraten wieder auf. Im oberen Kantonsteil wirkte Heinrich Bächtold als Redaktor am *Steiner Anzeiger*, der ebenfalls freisinnig-demokratisch geprägt war. Ausser diesen Blättern erschienen im Kanton Schaffhausen damals nur noch der parteilose *Grenzbote* in Stein am Rhein, das christlich-soziale Wochenblatt *Der Arbeiter* (bis 1905), die katholische *Schaffhauser Zeitung III* (ab 1904) und das sozialdemokratische *Echo vom Rheinfall*. Die beiden letztgenannten Blätter verstanden sich als Oppositionsorgane, konnten sich aber nur langsam gegen die mächtige freisinnige Parteipresse durchsetzen.

Wahlen und Abstimmungen

Der imposante Zusammenzug der leitenden Politiker und Redaktoren aller Regionen in eine *Freisinnig-demokratische Partei* war ein Unternehmen, das in sich die Gefahr interner Kämpfe und Reibereien trug. Einmal stand der neuen Partei keine entsprechend starke Organisation der Arbeiter oder Bauern gegenüber, gegen welche sie ihre Ansprüche hätte verteidigen müssen, ande-

⁸ SI 18.2.1904, 20.2.1904.

rerseits war durch den Zusammenschluss eine heterogene Partei entstanden, die sich nur in der Abwehr von ultramontanen und reaktionären Uebergriffen einig war, nicht aber in der Frage, wie der angestrebte Fortschritt zu organisieren sei. Es darf daher nicht verwundern, dass sich die Mitglieder der allumfassenden Partei in den folgenden Jahren auch gegenseitig bekämpften, wenn sie in der Auswahl geeigneter Kandidaten oder in einem Sachgeschäft nicht einig wurden. Eine erste Auseinandersetzung ergab sich anlässlich der Diskussion um den Bau der Strassenbahn Schaffhausen—Schleitheim, der in der Volksabstimmung vom 14. Februar 1904 mit 4269 Ja gegen 2861 Nein bewilligt wurde⁹. Heinrich Bolli und Carl Spahn nahmen klar für den Bahnbau Stellung, während der Hallauer Gemeindepräsident Wilhelm Huber und der sozialdemokratische Parteipräsident Hermann Schlatter gegen die Schleitheimer Bahn wirkten¹⁰. Die Gegensätze stimmten aber nicht mit den Parteigrenzen überein, sondern machten sich auch innerhalb der jungen *Freisinnig-demokratischen Partei* bemerkbar, weshalb keine parteioffizielle Parole ausgegeben wurde. Die Verkehrsfragen beschäftigten auch den vorläufig dem Freisinn nahestehenden Kantonalen Landwirtschaftlichen Verein, der am 17. April 1904 seine Delegiertenversammlung in Gächlingen abhielt. Die Hallauer, die sich eben gegen die Schleitheimer Bahn gewehrt und ein grosses Defizit vorausgesagt hatten, erschienen zur Versammlung mit einem Probe-Omnibus, um zu bekräftigen, dass sie nicht gegen moderne Verkehrsmittel, aber gegen unsinnige Investitionen eingestellt seien¹¹. Die Freisinnigen befürchteten sogar einen Abfall der Bauern und die Gründung einer Bauernpartei¹², doch begnügte sich der Kantonale Landwirtschaftliche Verein vorerst noch damit, im Lager des Freisinns seine Repräsentation stark zu halten.

Zu einem seltsamen Wahlgeschäft kam es, als Christoph Moser-Ott Ende 1905 seinen Rücktritt als Regierungsrat nahm. Die *Freisinnig-demokratische Partei* portierte als ihren Kandidaten Rechtsanwalt Dr. Konrad Brütsch, doch wurde in Parteikreisen auch Dr. Traugott Waldvogel, damals Schaffhauser Stadtschreiber und Vertrauensmann der Landwirtschaft, genannt. Schliesslich wurden sowohl Brütsch wie Waldvogel als offizielle Parteivertreter por-

⁹ SI 15.2.1904.

¹⁰ SI 4.2.1904.

¹¹ SI 18.4.1904.

¹² SI 4.2.1904.

¹³ SI 5.1.1906.

tiert¹³. Traugott Waldvogel wollte seine zusätzliche Kandidatur nur mit Zustimmung der freisinnigen Partei aufrechterhalten und hatte es abgelehnt, sich vom *Liberalen Verein* unterstützen zu lassen¹⁴. Die *Klettgauer Zeitung*, zu diesem Zeitpunkt noch unter der Redaktion von Conrad Schlatter, schlug als dritten Kandidaten den volkstümlichen Bürgerrat Carl Küth vor, der sich durch unerschrockenes Auftreten und als Kommandant des Schaffhauser Bataillons 61 Popularität erworben hatte¹⁵. Die Sozialdemokraten verzichteten auf einen eigenen Vorschlag und gaben die Stimme für die Gegenkandidaten von Brütsch frei¹⁶. Der erste Wahlgang vom 7. Januar 1906 ergab für Dr. Konrad Brütsch 2621 Stimmen, Major Küth erreichte 2236 und Traugott Waldvogel 844 Stimmen. Keiner der Kandidaten erlangte das absolute Mehr. Küth und Waldvogel traten vor dem zweiten Wahlgang von einer weiteren Kandidatur zurück¹⁷, doch neben Brütsch, der 2860 Stimmen erhielt, erzielte Waldvogel dennoch 2252 und Küth 1520 Stimmen. Der unerwartete Erfolg von Traugott Waldvogel machte eine Aussprache beider freisinnigen Kandidaten mit dem Parteivorstand nötig, der auf ausdrücklichen Wunsch der beiden Konkurrenten weiterhin Waldvogel und Brütsch unterstützte. Waldvogel erklärte darauf öffentlich Annahme der Wahl, falls er das absolute Mehr erreiche¹⁸. Carl Küth, der vor allem die Stimmen der organisierten Arbeiter erhalten hatte¹⁹, wurde im dritten Wahlgang nicht mehr berücksichtigt, so dass sich das *Echo* zur Unterstützung von Traugott Waldvogel entschloss. Am 21. Januar 1906 kam die Wahl endlich zustande. Brütsch konnte zwar seine Stimmenzahl auf 3152 steigern, unterlag aber gegenüber Waldvogel, dem 3627 Stimmen zufielen. Schaffhausen hatte sich über den neugewählten Regierungsrat Traugott Waldvogel nicht zu beklagen. Er brachte fortschrittliche Ideen, einen offenen Geist und eine vorbildliche Arbeitsmoral ins Regierungskollegium. Die Partei hatte durch das eigenartige Verfahren, beide Kandidaten zu empfehlen und den Entscheid dem Stimmbürger zu überlassen, einen innerparteilichen Kampf vermeiden können.

Ein Zerwürfnis bahnte sich noch im selben Jahr an, als am 28. Oktober 1906 eine Wahl in den Ständerat zu treffen war. Der

¹⁴ ST 6.1.1906.

¹⁵ KZ 6.1.1906.

¹⁶ Echo 5.1.1906.

¹⁷ ST 11.1.1906, 12.11.1906.

¹⁸ Echo 20.1.1906, SI 22.1.1906.

¹⁹ ST 8.1.1906.

zurücktretende Johannes Müller von Thayngen war auch Präsident des Kantonalen Landwirtschaftlichen Vereins gewesen. Die Organisation der Schaffhauser Bauern schlug daher ihren neuen Präsidenten Jakob Schlatter von Hallau als Ständerat vor. Am 14. Oktober tagten gleichzeitig die Delegiertenversammlung der *Freisinnig-demokratischen Partei* und die Generalversammlung des kantonalen *Liberalen Vereins*. An beiden Versammlungen wurde Jakob Schlatter empfohlen. Bei den Liberalen ging Schlatter als parteioffizieller Kandidat aus der Vorwahl hervor²⁰, an der Zusammenkunft der Freisinnigen schlugen die Vertreter des Gewerbevereins ausser Schlatter auch noch Heinrich Bolli vor, der schliesslich die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen konnte²¹. So ergab sich die seltsame Konstellation, dass Jakob Schlatter offizieller Kandidat der Liberalen und gleichzeitig Mitglied des Zentralvorstandes der *Freisinnig-demokratischen Partei* war. Aus der antibüuerlichen Haltung der Freisinnigen zog er die Konsequenz und erklärte seinen Austritt aus der freisinnigen Partei²². In der Volkswahl vom 28. Oktober 1906 wurde Heinrich Bolli mit 3829 Stimmen zum Schaffhauser Standesvertreter gewählt. Auf Jakob Schlatter fielen 1523 Stimmen und auf den sozialdemokratischen Kandidaten Hermann Schlatter 975²³. Das Wahlgeschäft trug nichts zum Wahl- und Parteifrieden im Kanton Schaffhausen bei, und bereits zeigten sich Risse in der grossangelegten freisinnigen Parteiorganisation.

Eine selbständige Persönlichkeit in der *Freisinnig-demokratischen Partei* war Staatsanwalt Emil Frauenfelder²⁴. Er scheute sich nicht, mit Artikeln den offiziellen Kurs der Partei immer wieder kritisch zu kommentieren. Als Ende 1907 die Freisinnigen die Wahl des verdienten Ehrenbürgers Eduard Haug zum Kantonsrat mit ehrverletzenden Wahlmanifesten verhinderten, distanzierte er sich öffentlich von solchen Wahlmanövern, die eine bisher unbekannte Schärfe erreicht hatten²⁵. Emil Frauenfelder konnte sich diese Kritik erlauben, denn er gehörte bereits vor der offiziellen Parteigründung zur Tafelrunde im «Frieden», wo sich das sogenannte «Fähnlein der sieben Aufrechten» traf. Er war eine der originellsten Figuren des Schaffhauser Kantonsrates um die Jahrhundert-

²⁰ ST 15.10.1906, 16.10.1906.

²¹ ST 15.10.1906.

²² ST 22.10.1906.

²³ Amtsblatt 1906,823.

²⁴ Nachrufe in SI 28.3.1929, 30.3.1929, ST 28.3.1929, 30.3.1929.

²⁵ ST 27.11.1907, 30.11.1907, 3.12.1907, 5.12.1907.

wende, wie die folgende Geschichte beweist, die in Frauenfelders Nachruf festgehalten wird:

In jene Zeit fällt auch die echt schaffhauserische Episode, dass nach einer «Henkermöhli»-Fahrt an den Untersee der damalige Präsident Eugen Ziegler auf der Rückreise mit zwingender Logik fand, dass er sein Landhaus an der Rheinhalde schneller erreiche durch Schwimmen vom Dampfboot aus als über den Umweg über die Stadt. So sprang er im festlichen Gewande vom Schiffe und der getreue Sekretär (Emil Frauenfelder) folgte ihm nach²⁶.

Das «Henkermöhli» ist Teil des traditionellen Ausflugs des Kantonsrates jeweils kurz vor dem Ablauf einer Amtsperiode. Die durch Versäumnisse geäuftete Bussenkasse des Rates wird bei diesem Anlass zu einem «letzten Mahl» verwendet.

Staatsanwalt Emil Frauenfelder verstand es nicht nur, die Gesetze anzuwenden, er war auch ein schöpferischer Jurist. 1911 stellte er eine Motion, die eine durchgreifende Reorganisation des kantonalen Gerichtswesens, eine klare Trennung von Kirche und Staat und die Verschärfung der Erbschaftssteuer verlangte. Die Motion wurde vom Kantonsrat abgelehnt²⁷. Dass der Motionär weiter in die Zukunft zu blicken vermochte als viele seiner Ratskollegen, zeigte sich daran, dass 1914 ein Kirchenorganisationsgesetz die geforderte Trennung grösstenteils verwirklichte, 1919 das Steuergesetz revidiert werden musste und 1928 ein Verfassungsgesetz die Justizreform im Sinn von Emil Frauenfelder brachte. Noch bevor das letzte Gesetz in Kraft trat, verschied Frauenfelder im März 1929.

Ohne Kampfwahl besetzte die *Freisinnig-demokratische Partei* am 26. Mai 1907 den Regierungssitz des verstorbenen Regierungsrates Gottlob Hug mit Dr. Fritz Sturzenegger²⁸. Der Neugewählte übernahm die Polizeidirektion, was nicht unbedingt zu seiner aristokratischen, feinfühligem Manier mit ausgeprägtem Kunstsinn und Rednertalent passen wollte. Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges fand es Sturzenegger, der als Kommandant der Schaffhauser Schwadron 16 und Major im Generalstab auch die Militärdirek-

²⁶ SI 30.3.1929.

²⁷ Protokoll KR 6.2.1911, 20.4.1911. Staatsanwalt Frauenfelder war auch sonst eine politisch unabhängige Persönlichkeit. Während des Weltkrieges hielt er sogar Referate im Kreis der sozialistischen Jungburschen (Nachruf auf Paul Maag in AZ 30.3.1946).

²⁸ Amtsblatt 1907,383. Nachruf in SN 9.8.1955.

tion verwaltete, für angezeigt, auf die Forst- und Baudirektion überzuwechseln. Der Bruder des Kunstmalers Hans Sturzenegger konnte in dieser Funktion seine künstlerischen Talente als Bauherr beim Umbau des alten Zeughauses zum Schaffhauser Regierungsgebäude und bei der Neugestaltung der Rathauslaube unter Beweis stellen.

Als im April 1911 Regierungsrat Carl Rahm zurücktrat, weil er sich mit der Ueberbürdung neuer Aufgaben an den Staat nicht befreunden konnte und eine Finanzkrise voraussah²⁹, meldeten die Sozialdemokraten mit der Kandidatur von Professor Eduard Haug ihren Anspruch auf einen Regierungssitz an. Nachdem Oberst Konrad Frey sowie der Steiner Stadtpräsident August Fuog eine Kandidatur abgelehnt hatten und Gottfried Altorfer als zu jung erklärt worden war, nominierte die freisinnige Parteiversammlung Dr. Heinrich Pletscher als ihren Kandidaten, der am 5. Februar 1911 vor Eduard Haug gewählt wurde³⁰. Pletscher zog sich nach knapp vier Jahren, kurz nach Beginn des Ersten Weltkrieges, aus der Regierung zurück, weil er als Verwalter der Ersparniskasse gewählt wurde. Am 25. Dezember 1914 starb der freisinnige Regierungsrat Jakob Keller, *eine der führenden Persönlichkeiten unserer kantonalen Politik und eines der energischsten und einsichtigsten Mitglieder des Regierungsrates*³¹. Regierungsrat Jakob Keller amtete von 1895 bis zu seinem Tod als Baudirektor des Kantons Schaffhausen. Seine Leistungen erwiesen sich als weitsichtig und wären Anlass genug, seine öffentliche Wirksamkeit in einer speziellen Publikation zu würdigen. Unter seiner Leitung wurden, um nur die wichtigsten Unternehmungen aufzuzählen, folgende Bauwerke geschaffen: das erste Kantonsspital hinter dem Schaffhauser Bahnhof, die Heil- und Pflegeanstalt Breitenau, die Kantonschule, die Biberkorrektur, die Reiatwasserversorgung, die Schleithemer Bahn, das Rheinkraftwerk Eglisau/Rheinfelden und teilweise das Regierungsgebäude. Baudirektor Keller, der immer in Siblingen ansässig blieb und dennoch als Verwaltungsrat der Schweizerischen Bundesbahnen weltweite Reisen unternahm, förderte die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) und gründete das kantonale Elektrizitätswerk. Er studierte als einer der ersten den Plan eines Wasserkraftwerkes in Rheinau, das fünfzig Jahre

²⁹ Nachruf in SI 17.11.1924, ST 17.11.1924.

³⁰ Wahlresultat: Dr. Heinrich Pletscher (FDP) 5238, Professor Eduard Haug (SP) 1567 Stimmen (Amtsblatt 1911,86).

³¹ Nachruf in SI 26.12.1914, 28.12.1914. ST 26.12.1914.

später gebaut werden sollte. Keller übergab die kantonale Strafanstalt Griesbach an die Schaffhauser Bürgergemeinde und das Klosterareal Allerheiligen an die Stadt zum Bau eines Museums. Zeitlebens setzte er sich für die Verbesserung des Verkehrs ein und befürwortete vergeblich die Rheinschiffahrt und den Bau der Randenbahn. Er war es auch, der bei Arbeitskonflikten zwischen der Arbeiterschaft und den Industrievertretern vermittelte³². Die Sozialdemokraten hofften bei seinem Ausscheiden darauf, einen eigenen Mann in die Regierung abordnen zu können. An der freisinnigen Parteiversammlung vom 21. Februar 1915, welche über mögliche Kandidaturen für die beiden freien Regierungssitze von Pletscher und Keller zu befinden hatte, beantragte Emil Frauenfelder, den Sozialdemokraten gegenüber Konzessionen zu machen und ihrem Kandidaten Eduard Haug den Einstieg in die Regierung zu ermöglichen³³. Seine vermittelnde Haltung wurde schlecht belohnt. Die Versammlung stellte mit Gottfried Altorfer und Albert Moser-Tobler (Neuhausen) eigene Kandidaten auf. Beide wurden am 7. März 1915 gewählt und konnten doppelt so viele Stimmen aufweisen wie der Sozialdemokrat Eduard Haug. Auch die Liberalen, die mit Theodor Beck an der Regierungsratswahl teilgenommen hatten, konnten gegen den mächtigen Freisinn nicht aufkommen. Der Entscheid der freisinnigen Parteiversammlung war geeignet, die durch den Ersten Weltkrieg bereits angespannte Atmosphäre zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten erneut anzuheizen, und so war es nicht verwunderlich, dass es im Jahr darauf zu einem scharfen Wahlkampf um die Kantonsratssitze kam (S. 240).

Trotz dem Klassenkampfcharakter, der sich seit den Vorkriegsjahren in Schaffhausen bemerkbar machte, zeigte sich die *Freisinnig-demokratische Partei* nicht immer einig. Als 1913 über ein neues Baugesetz abgestimmt werden musste, unterliess es Parteipräsident Bolli, einen Parteitag einzuberufen, und begnügte sich mit einigen kritisierenden Artikeln im *Intelligenzblatt*. Das Gesetz wurde abgelehnt. Heinrich Bolli zog sich wegen seines eigenmächtigen Vorgehens die öffentliche Kritik von Tagblattredaktor Eugen Müller zu, der das Abstimmungsergebnis nicht ohne weiteres schlucken wollte³⁵. Zwischen den beiden Zeitungen entspann sich eine ge-

³² Vgl. Anmerkung 16, Seite 261.

³³ ST 22.2.1915.

³⁴ Wahlresultat: Moser-Tobler (FDP) 4640, Altorfer (FDP) 4179, Haug (SP) 2246, Beck (LDP) 1250 Stimmen (Amtsblatt 1915,233).

³⁵ ST 5.5.1913, SI 10.5.1913, ST 14.5.1913, SI 16.5.1913. Vgl. SBVG 34,1957,281.

hässige Polemik. Eugen Müller hatte mit seinem Angriff insofern recht, als Heinrich Bolli offensichtlich nicht gewillt war, für ein Gesetz, das nach seiner Meinung den Liberalismus zu sehr einschränkte, auch nur einen Finger zu rühren. Er unterliess es daher, eine Parteiversammlung einzuberufen, die möglicherweise die Ja-Parole ausgegeben hätte. Auch in den folgenden Jahren zeigte sich die Tendenz, keine Parteitage mehr einzuberufen. Nicht einmal der Zentralausschuss wurde jeweils zusammengerufen, wenn Abstimmungsempfehlungen oder Wahlparolen festgelegt werden mussten. Mit Kriegsbeginn übernahm der leitende Ausschuss die Führung der Partei und legte, mit zwei Ausnahmen, völlig souverän die Empfehlungen an die Stimmbürger fest³⁶. Die militärisch straffe Haltung des Parteipräsidenten Heinrich Bolli übertrug sich auf die Leitung der Partei, die bis gegen Kriegsende ein mehr rechtsfreisinniges als demokratisches Gepräge aufwies und zudem die Stadt gegenüber der Landschaft bevorzugte. So kann es nicht verwundern, dass sich der bäuerliche Flügel langsam von der freisinnigen «Stadtpartei» entfremdete und sich bei Kriegsende in der *Schaffhauser Bauernpartei* eine eigene Organisation schuf (S. 289). Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch in anderen Kantonen, etwa Bern, beobachten.

Die Sektionen in Schaffhausen, Neuhausen, Stein und Neunkirch

Wie ein Schirm spannte sich der 1904 gewählte Zentralvorstand der *Freisinnig-demokratischen Partei* über den Kanton Schaffhausen. Die leitenden Persönlichkeiten hofften, dass sich unter diesem Schirm entsprechende Bezirks- und Gemeindesektionen bilden würden. Sie wurden darin nicht enttäuscht. Als Auftakt gründeten die freisinnigen Kantonsräte am 14. März 1904 im «Tiergarten» eine freisinnig-demokratische Fraktion, die von Stadtrat

³⁶ SI/ST vor folgenden Wahlen und Abstimmungen:

30.1.1916	Strafgesetznovelle, Parteienentschädigung	(Parole: leitender Ausschuss)
5.11.1916	Regierungsratswahlen	(Parole: leitender Ausschuss)
13.5.1917	Stempelabgaben	(keine Parole)
7.10.1917	Kranken- und Unfallversicherung	(Parole: Parteitag)
28.10.1917/11.11.1917	Nationalrats- und Ständeratswahlen	(Parole: leitender Ausschuss)
2.6.1918	Direkte Bundessteuer	(Parole: Parteitag)
14.7.1918	Kantonsrats-Proporz	(Parole: leitender Ausschuss)
13.10.1918	Nationalrats-Proporz	(Parole: leitender Ausschuss)

Johann Tanner präsiert wurde³⁷. Dadurch wurde der Zusammenhalt der Kantonalpartei verstärkt und die Grundlage für eine überregionale Zusammenarbeit gelegt.

Unvermutet rasch gelang es, die *Politisch-freisinnige Vereinigung* der Stadt Schaffhausen in die Kantonalpartei zu integrieren, offenbar weil ihr Präsident Georg Steinegger zugleich dem leitenden Ausschuss angehörte. Am 29. Juni 1904 fand die entsprechende Sitzung statt, die den Anschluss bekräftigte. Der *Freisinnig-demokratische Verein*, wie sich die Stadtpartei in den folgenden Jahren nannte, wurde weiterhin von Georg Steinegger geleitet, der das Präsidium um 1910 an Dr. iur. Heinrich Schärler weitergab³⁸. 1916 führte Tagblattredaktor Eugen Müller den Vorsitz, 1917 Oberst Konrad Frey³⁹. Als es während des Krieges zu Differenzen zwischen den alten Mitgliedern und einer jungfreisinnigen Gruppe kam, wurde am 24. März 1919 der Vorstand neu gewählt und der Postbeamte Christian Müller mit der Parteileitung betraut⁴⁰. Diese Ereignisse gehören aber bereits der Nachkriegszeit an (S. 344).

Am 7. Mai 1906 erfolgte die Gründung des *Freisinnig-demokratischen Vereins Neuhausen*⁴¹. Unter der Leitung von Gärtnermeister Heinrich Wagen lud ein Initiativkomitee zur Gründungsversammlung ein, an der sich 74 Personen als Mitglieder einschrieben. Zum Präsidenten wurde Gemeindegeschreiber Albert Moser-Tobler gewählt, der 1915 in den Regierungsrat gelangte. An weiteren Vorstandsmitgliedern werden genannt: Dr. phil. Gottlieb Wüscher, «ein sehr konservativer Herr», der nach Meinung der Sozialdemokraten nur die Interessen der Aluminiumfabrik vertrat⁴², Gärtnermeister Heinrich Wagen, Werkführer Michael Brand, Gemeinderat Robert Scherrer, Büchsenmacher Wilhelm Heller, Kaufmann Ernst Kummer, Ludwig Wolf, Wirt zum «Schlössli», und Kaufmann Paul Brenner. Nicht zufällig entstand in Neuhausen sehr früh eine Sektion der freisinnigen Kantonalpartei. Die stark industrialisierte Gemeinde stand seit der Jahrhundertwende unter dem starken Einfluss der Grütlianer, welchen die Freisinnigen entgegenwirken wollten. Freiwillig traten die Grütlianer 1908 einen Kantonsratssitz an die neue Partei ab, die somit vier der acht Mandate bei einem

³⁷ SI 14.3.1904.

³⁸ ST 17.11.1912.

³⁹ Protokoll FDP Stadt 16.11.1917.

⁴⁰ Protokoll FDP Stadt 24.3.1919.

⁴¹ Tagungsbericht in SI 8.5.1906.

⁴² Echo 18.9.1907, 20.9.1907.

Stimmenanteil von 58,8 Prozent erhielt. Der Stimmenanteil der Neuhauser Freisinnigen sank 1912 auf 39,8 Prozent, 1916 auf 23,3 Prozent und 1920 auf 20,8 Prozent, in allen Fällen zugunsten der Arbeiterparteien. Wegen des herrschenden Majorzwahlsystems gelang 1916 im Wahlkreis Neuhausen keinem Freisinnigen der Eintritt ins Kantonalparlament. Alle neun Sitze fielen an die Grütlianer-Sozialdemokraten. Die Führung der Partei ging von Albert Moser-Tobler auf Architekt Arthur Moser über⁴³, der die Neuhauser Sektion bis zum Ende der zwanziger Jahre führte.

Im Jahr 1905 wurde auch in Stein am Rhein eine *Freisinnig-demokratische Vereinigung* gegründet⁴⁴. Sie machte sich in den Kantonsratswahlen vom Herbst 1908 dadurch bemerkbar, dass sie den katholischen Stadtrat Hubert Röllin scharf bekämpfte und im Kantonsrat durch Bezirksgerichtspräsident Jakob Lieb ersetzte, der dem freisinnigen Zentralvorstand angehörte. 1909 präsidierte August Fuog die Steiner Sektion⁴⁵. Als im gleichen Jahr der freisinnige Albert Böschenstein als Kantonsrat zurücktrat, rückte der 27jährige Jurist Emil Sulger-Büel nach, der ebenfalls der *Freisinnig-demokratischen Vereinigung* angehörte⁴⁶. Im Jahr 1916 wurde für den verstorbenen August Fuog der Freisinnige Dr. med. Ernst Rippmann in den Kantonsrat gewählt, der auch vom Grütliverein Unterstützung erhielt. Rippmann hatte sich vier Jahre zuvor seine politischen Sporen abverdient, indem er gegen Fuog als Steiner Stadtpräsident kandidiert hatte⁴⁷.

Ein *Freisinnig-demokratischer Verein* bestand während einiger Jahre auch in Neunkirch. Er ist für 1908 bezeugt⁴⁸ und stand 1910 unter der Leitung von Oberrichter Adolf Schärer⁴⁹. Es ist anzunehmen, dass auch Oberstleutnant Albert Scherrer dem *Freisinnig-demokratischen Verein Neunkirch* angehörte. Er wurde 1906 im Wahlkreis Neunkirch in den Kantonsrat gewählt, scheint aber dort nur selten das Wort ergriffen zu haben. Wenn es einmal soweit kam, heisst es im Nachruf, sprach er immer in urchiger Klettgauer Mundart⁵⁰. Albert Scherrer war Industrieller und stellte Heizungsanlagen her. Einen schweizerischen Ruf schuf er sich mit der Erfindung der fahrbaren Militärfeldküche, die im Soldatenjargon als «Gulaschkanone» berühmt geworden ist. Im Frühjahr 1918 starben kurz nacheinander Oberstleutnant Scherrer und der frei-

⁴³ *Schaffhauser Volkszeitung* 31.10.1921.

⁴⁴ Jahresbericht GV 1905,114.

⁴⁵ *Grenzbote* 2.10.1909.

⁴⁶ *Grenzbote* 2.10.1909.

⁴⁷ *Echo* 19.11.1912.

⁴⁸ SI 4.12.1908.

⁴⁹ SI 2.5.1910.

⁵⁰ SI 23.2.1918.

sinnige Parteipräsident Adolf Schärker. Für sie wurden zwei Kantonsräte gewählt, die sich der eben in Gründung begriffenen *Bürgerpartei Neunkirch* anschlossen. Die Kantonsräte der *Bürgerpartei Neunkirch* schlossen sich jeweils der Bauernfraktion an, standen aber dem Freisinn nahe⁵¹. Von einer Freisinnig-demokratischen Partei Neunkirch hört man nach 1918 nichts mehr.

Einer späteren Zeit gehören freisinnige Parteigründungen in Schleithem (Dezember 1920)⁵², Buchthalen (Januar 1930)⁵³ und Thayngen (1928/1933)⁵⁴ an. Sie wurden nötig, als nach 1918 die *Bauernpartei* ihren beherrschenden Einfluss in der Schaffhauser Landschaft geltend machte und den Freisinnigen das Wasser abgrub. Die Hauptkraft der *Freisinnig-demokratischen Partei des Kantons Schaffhausen* beschränkte sich nach dem Generalstreik auf die Städte Schaffhausen und Stein am Rhein sowie auf die Industriegemeinde Neuhausen am Rheinfl.

Die Sozialdemokratische Partei

Gründung

Dass 1904 in Schaffhausen eine *Sozialdemokratische Partei* gegründet wurde, war während Jahren infolge eines Druckfehlers in Vergessenheit geraten und hat zu zahlreichen falschen Angaben geführt⁵⁵. Als Paul Maag 1939 die Geschichte der Schaffhauser Arbeiterunion schrieb, wusste er noch von der Gründung und berücksichtigte sie in der Zeittafel. Doch der Metteur verwechselte eine wesentliche Zeile, so dass sich in der ersten Auflage folgende merkwürdige Nachricht findet:

⁵¹ Hermann Uehlinger, der Hauptvertreter der *Bürgerpartei Neunkirch*, wäre 1935 beinahe mit freisinniger Unterstützung zum Regierungsratskandidaten portiert worden (Protokoll FDP Kanton 26.11.1935). Die *Bürgerpartei Neunkirch* ist 1919 gegründet worden, umfasste Gewerbetreibende, Handwerker, Beamte, Angehörige freier Berufe usw., also den Mittelstand. 1959 schloss sich die *Bürgerpartei Neunkirch* der kantonalen *BGB* an (KZ 18.7.1959).

⁵² SB 9.12.1920.

⁵³ Protokoll FDP Kanton 26.1.1930.

⁵⁴ Protokoll FDP Kanton 23.6.1928, 23.6.1930. SI 24.5.1933.

⁵⁵ Pestalozzi nennt 1917 als Gründungsjahr und beruft sich dabei auf eine Auskunft von Dr. Paul Kägi und Heinrich Schöttli (Pestalozzi 122). Josef Ebner verlegt die Gründung ins Jahr 1907 oder 1908 (Festschrift Katholische Genossenschaft 256). Die während Jahren unauffindbaren Protokolle befinden sich jetzt im Stadtarchiv G 01.6.

1904 Gründung eines Verbandes der Schaffhauser Tramangestellter in der Form einer Zentralorganisation, der die verschiedenen Grütlivereine und Gewerkschaften als Kollektivmitglieder beitreten⁵⁶.

Als der kenntnisreiche Aufsatz von Paul Maag in der Jubiläumsschrift des Gewerkschaftskartells von 1964 Aufnahme fand und fast ungekürzt wieder abgedruckt wurde, fand der Redaktor folgende «berichtigte» Darstellung druckwürdig:

1904 Gründung eines Verbandes der Schaffhauser Tramangestellten in der Form einer Zentralorganisation, der die verschiedenen Grütlivereine und Gewerkschaften als Kollektivmitglieder beitreten⁵⁷.

Eine gelungene «Verbesserung», die amüsan und darum verzeihlich ist, die aber den Sachverhalt völlig verdreht. Vergleicht man die Zeilenlängen beim Erstdruck, lässt sich rekonstruieren, wie die verwechselte Zeile wahrscheinlich gelautet haben muss:

1904 Gründung einer städtischen Sozialdemokratischen Partei in der Form einer Zentralorganisation, der die verschiedenen Grütlivereine und Gewerkschaften als Kollektivmitglieder beitreten.

Tatsächlich wurde die Sozialdemokratische Partei 1904 vorerst als städtische Organisation gegründet, der allerdings auch die ausserstädtischen Grütlivereine und Gewerkschaften angegliedert wurden. Ausser im städtischen Wahlkreis traten die Grütlivereine weiterhin unter ihrer bisherigen Bezeichnung auf, was sich in Neuhausen, Stein und Thayngen feststellen lässt.

Die Konstituierung einer Arbeiterpartei wurde gleichzeitig vorbereitet in der Arbeiterunion, im Grütliverein Schaffhausen und im Kantonalverband der Schaffhauser Grütlivereine. Durch die Gründung der Freisinnig-demokratischen Vereinigung ergab sich die Notwendigkeit des besseren Zusammenschlusses. Die Bezirksrichterwahl von 1903, bei der Hermann Schlatter durchgefallen war (S. 208), und die Grossstadtratswahl desselben Jahres, in welcher Emil Meyer im dritten Wahlgang geschlagen wurde⁵⁸, waren Anlass zu einem Referat der beiden glücklosen Kandidaten über Wahlagitation und

⁵⁶ Maag 60.

⁵⁷ Gewerkschaftskartell 176.

⁵⁸ SI 19.1.1903, 26.1.1903, 2.2.1903.

⁵⁹ Protokoll GV Schaffhausen 14.2.1903.

Parteiorganisation⁵⁹. Emil Meyer schlug vor, eine Arbeiterpartei zu gründen aus: a) dem *Grütliverein Schaffhausen*, b) den schweizerischen Mitgliedern der Gewerkschaften und c) weitem Anhängern. Eine Kommission wurde eingesetzt, um die vorbereitenden Arbeiten an die Hand zu nehmen. Sie bestand aus Hermann Schlatter, Emil Meyer, Philipp Wildberger, Gottfried Meier-Lanz, Richard Finus und Johannes Müller. Um die Jahreswende 1903/1904 beschloss der *Grütliverein Schaffhausen* den Kollektivbeitritt zur in Gründung begriffenen Partei mit 150 Mitgliedern⁶⁰. Die Gründungsversammlung vom 31. Januar 1904 wurde als öffentliche Veranstaltung im Restaurant «Tannenhof» durchgeführt und wurde von 140 Personen besucht⁶¹. Kantonsrat Jakob Müller führte in einem Referat aus, die neue Partei habe neben eidgenössischen und kantonalen Fragen besonders die Probleme der Gemeindepolitik zu lösen und die Errichtung von Anstalten zum Wohl der arbeitenden Klasse zu fördern. Der Neuhauser Gemeindepräsident Jean Moser erläuterte die Programmpunkte der kantonalen Politik und forderte:

- Einführung gewerblicher Schiedsgerichte
- Revision des Steuergesetzes
- Schaffung eines Arbeiterschutzes
- Errichtung eines Lungensanatoriums
- unentgeltliche Geburtshilfe und Krankenversicherung

Emil Meyer betonte die Wichtigkeit der gewerblichen Schiedsgerichte und forderte eine Besserstellung der Minderbemittelten im Gerichtsverfahren, denn der Arbeiter scheue bei Arbeitskonflikten teure Prozesse. Der neugewählte Gemeinderat Philipp Wildberger von Beringen wünschte dringend eine Revision des aus dem Jahr 1856 stammenden Armengesetzes und die Errichtung eines Kinderheims für solche, deren Eltern nicht fähig seien, ihren Kindern eine angemessene Erziehung zu bieten. Wildberger redete auch einer Verständigung zwischen Industriearbeitern und landwirtschaftlicher Bevölkerung das Wort, die grösstenteils auch aus Arbeitern bestehe. Leider ist uns die Diskussion, die diesen Referaten folgte, in der Presse nicht überliefert. Der Berichterstatte des bürgerlichen *Tagblattes*, dem die Angaben über den Verlauf der Gründungssitzung zu verdanken sind, wurde vor dem Schluss der Versammlung durch Johannes Müller aus dem Saal gewiesen.

⁶⁰ Protokoll GV Schaffhausen 5.12.1903, 9.4.1904.

⁶¹ Tagungsbericht in ST 1.2.1904.

Das Echo vom Rheinfall

Der Aufbau der *Sozialdemokratischen Partei* ist ein Musterbeispiel einer bewussten Parteigründung. Die notwendigen Mittel wurden zu einer optimalen Wirksamkeit eingesetzt, um die Partei innerlich zu festigen und nach aussen effektiv zu gestalten. Für die innere Festigung bestand die Arbeiterunion mit ihrem wichtigsten Dienstleistungsbetrieb für die Arbeiterschaft, dem Arbeitersekretariat. Für die Wirkung nach aussen diente das *Echo vom Rheinfall*, das von Redaktor Hermann Schlatter in angriffig-spöttischem Ton geschrieben wurde. Als Schlatter, bedingt durch die tägliche Herausgabe des Arbeiterblattes, am 1. Januar 1904 zum vollamtlichen Redaktor wurde, übergab er das Arbeitersekretariat an Emil Meyer. 1905 wurde das *Echo* zum obligatorischen Organ der Mitglieder der *Arbeiterunion* und des *Kantonalverbandes der Schaffhauser Grütlivereine*, so dass eine Parteibasis von 28 Vereinen mit ungefähr 1700 Mitgliedern entstand⁶². Das *Echo* und die *Arbeiterunion* förderten den Zusammenschluss der zahlreichen Arbeiterorganisationen auf dem Platz Schaffhausen, die Paul Maag nur teilweise aufführt⁶³, während die übrigen nur aus den Berichtserstattungen und den Inseraten im Arbeiterblatt eruiert werden konnten. Als Koordinator aus geschäftlichen und politischen Gründen wirkte Hermann Schlatter, der sich 1905 erstmals als Nationalratskandidat portieren liess. Er wurde zwar nicht gewählt, trug aber mit 1417 Stimmen doch einen Achtungserfolg davon⁶⁴. Trotz dieser Ermutigung reichte es auch ein Jahr später nicht zum absoluten Mehr, als Ständerat Johannes Müller (FDP) von Thayngen ersetzt werden musste. Hermann Schlatter erhielt 977 Stimmen, gewählt wurde aber Oberst Heinrich Bolli (FDP) mit 3829 Stimmen⁶⁵. Die Stimmenzahlen dieser ersten kantonalen Wahlen, an welchen die Arbeiterschaft teilnahm, zeigen, dass es der Linken vor allem auf der Landschaft nicht gelang, zu einem richtigen Durchbruch zu kommen. Nur in den Ortschaften mit Industrie, also in Schaffhausen, Neuhausen, Beringen, Stein und Thayngen konnten sie Stimmen sammeln. Folgerichtig verlegten sich die Arbeiter- und Grütlivereine auf die Teilnahme an Gemeinde- und Bezirkswahlen, wo sich Erfolge einstellten. In der Stadt Schaff-

⁶² *Echo*, Jahrgang 1905 (Zeitungskopf).

⁶³ Gewerkschaftskartell 176,177.

⁶⁴ *Echo* 30.10.1905.

⁶⁵ Amtsblatt 1906,823.

hausen ging Echoredaktor Hermann Schlatter als Beispiel voran. Er wurde 1907 nach zwei vergeblichen Versuchen auch in den Grossen Stadtrat und ins Schaffhauser Bezirksgericht gewählt. Als der freisinnige Stadtrat Flach ein Jahr später seinen Rücktritt nahm, wollte die *Sozialdemokratische Partei* die Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen lassen und portierte Hermann Schlatter. Die *Freisinnig-demokratische Partei* wollte ihm den Sitz nicht streitig machen, doch stellten einige Freisinnige den späteren Regierungsrat Gottfried Altorfer als ihren Kandidaten auf. Bei der Kampfwahl vom 17. Mai 1908 wurde Hermann Schlatter als erster Sozialist in die städtische Exekutive gewählt. Er erhielt 902 Stimmen, auf seinen Gegenkandidaten fielen 655⁶⁶. Schaffhausen gewann einen initiativen Stadtrat und die Arbeiterschaft einen eigenen Vertreter im Kollegium. Die *Sozialdemokratische Partei* dagegen verlor ihr Paradedepferd und das *Echo* den fähigen Redaktor. Das Arbeiterblatt wurde nun von Adolf Weigel und Karl Gvatter redigiert⁶⁷. In den folgenden Jahren wirkte auch der neue Favorit der Partei, Professor Eduard Haug, mit Beiträgen an der Gestaltung des *Echos* mit.

Eine neue Aera begann beim *Echo am Rheinfall*, als auf Neujahr 1914 der bisherige Redaktor der *St. Galler Volksstimme*, Hans Müller, die Schriftleitung übernahm. Schon Hermann Schlatter hatte dem Blatt seinen eigenwilligen Stempel aufgedrückt und es geschickt vermieden, sich allzusehr nach sozialdemokratischer Parteischablone oder nach spießbürgerlichen Ruhe-und-Ordnung-Idealen auszurichten. Hans Müller verfolgte nun eine betont internationalistische Politik, die während der Zeit des Ersten Weltkrieges nicht überall gleich positiv aufgenommen wurde. Gleich beim Kriegsausbruch im August 1914 begann Hans Müller mit scharfen Worten, den Krieg als Mittel der Politik zu verdammen und eine Antikriegsstimmung zu schüren, was Anlass zu einer regierungsrätlichen Verwarnung wurde⁶⁸. Wenn auch der kommentarlose Abdruck der Resolutionen der internationalen kriegsgegnerischen Konferenzen von Zimmerwald (1915) und Kiental (1916) in Schaffhausen keine hohen Wellen warf⁶⁹, zeugen sie doch vom wachen Interesse des neuen Echoredaktors an revolutionär-politischen Ereignissen. Offensichtlich wurde diese Haltung auch von der Nachricht-

⁶⁶ SI 14.5.1908, 16.5.1908, 18.5.1908.

⁶⁷ Gewerkschaftskartell 41.

⁶⁸ Protokoll RR 6.8.1914, 12.8.1914.

⁶⁹ Rohr 13.

tensektion des Armeestabes bemerkt, die ein besonders wachsames Auge auf das Schaffhauser Arbeiterblatt hatte. Als im Zusammenhang mit dem «Roten Sonntag» vom 3. September 1916 durch die sozialdemokratische Jugendorganisation im *Echo* zu einer Demonstration aufgefordert wurde, erfolgte über den Kopf des Schaffhauser Regierungsrates hinweg die Dislokation eines Rekrutenbataillons von Bellinzona nach Schaffhausen. Dieses unerwünschte Truppenaufgebot hinterliess einen bitteren Beigeschmack bei den Schaffhauser Sozialdemokraten und verschärfte die ohnehin gespannte politische Situation. Wer veranlasste das Militäraufgebot, und auf welche Nachrichten gründete der Einsatzbefehl? In seiner ausführlichen Untersuchung weist Thomas Rohr nach, dass der Bundesrat angeordnet hatte, «Massnahmen zu treffen für alle Ortschaften, in welchen Versammlungen angesagt waren». Die Aussage von Bundesrat Eduard Müller, der am 27. September im Ständerat das Truppenaufgebot verteidigte und Schaffhausen als besonders bedrohten Ort bezeichnete, wo es vor dem 3. September sehr hitzig zugegangen sei, kann Rohr aufgrund seines Quellenstudiums nicht bestätigen und kommt zum Schluss: *Im Fall Schaffhausens scheint man somit anhand der von der Nachrichtensektion des Armeestabes gesammelten Ankündigungen im «Echo vom Rheinfall» gehandelt zu haben*⁷⁰.

Es ist typisch für jene Zeit, dass sich die politischen Gegner der Sozialdemokraten durch deren provokative Sprache einschüchtern oder zu unverhältnismässigen Abwehrreaktionen hinreissen liessen, worüber dann wieder die Sozialisten erbost waren. Auch in Schaffhausen wiegelte man sich so gegenseitig auf bis zum Generalstreik von 1918, dessen Auswirkungen auf Jahrzehnte das Bürgertum und die Sozialdemokratie spalten sollte. Redaktor Hans Müller vertrat mit seiner angriffigen Sprache allerdings nicht nur seine persönliche Meinung, sondern drückte die Stimmung der Schaffhauser Arbeiterschaft aus, die, wie die weitere Entwicklung zeigt, deutlich am linken Flügel der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* stand. Dem Verleger Adolf Weigel behagte indessen der scharfe Kurs seines Blattes nicht. Im Bestreben nach Ruhe und Geborgenheit verkaufte er im Jahr 1918 den Verlag und zog sich auf den Föhrenhof bei Siblingen, später nach Gossau im Kanton St. Gallen zurück⁷¹. Schlatter charakterisiert den Echoverleger mit den Worten:

⁷⁰ Rohr 23.

⁷¹ Nachruf in AZ 27.5.1941.

Der Besitzer (war) der Idee nach ein strammer und aufrichtiger Sozialdemokrat, in der Praxis aber ein berechnender Geschäftsmann. Er zahlte mich auch entsprechend, und während ich wähnte, er hätte arg zu kratzen und ich ihm sogar meine Jahresbesoldung von 1800 Fr. stets lange kreditierte, stellte sich heraus, dass er unterdessen ein Vermögen von 100 000 Fr. erschunden hatte⁷².

Hans Müller wurde beim Uebergang des Echo-Verlages an den neuen Besitzer kurzfristig entlassen⁷³. Dieser unerwartete Hinausschmiss verwandelte sich in einen Triumph, als ihn die Neuhauser Stimmbürger am 7. Juli 1918 zum Gemeindepräsidenten wählten⁷⁴. Der neue Besitzer und Verleger des *Echo vom Rheinfall*, Emil Nägeli-Winzen, übernahm das Arbeiterblatt auf den 1. Juli 1918⁷⁵ und stellte interimistisch den grütlianisch gesinnten Hans Nydegger als Redaktor an. Für die *Arbeiterunion* und die *Grütlivereine* kam der Verkauf ihres Organs überraschend, denn obwohl seit 1906 eine sozialdemokratische Pressunion bestand⁷⁶, hatten sie nun den Anschluss zur Uebernahme des *Echo* in Eigenregie verpasst. Als der neue Interimsredaktor die Erwartungen der Arbeiterführer nicht erfüllte, bemühten sich Eduard Haug, Hermann Schlatter, Heinrich Weber und Heinrich Schöttli um ein Redaktionsstatut mit dem Besitzer⁷⁷. Der gewünschte Vertrag forderte erstens eine Redaktionsführung gemäss den Grundsätzen der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz*, zweitens eine Einflussmöglichkeit der politischen und gewerkschaftlichen Instanzen der Schaffhauser Arbeiterschaft auf die Wahl des Redaktors und verpflichtete drittens die Arbeiterschaft, das Blatt weiterhin zu abonnieren und für weitere Verbreitung besorgt zu sein. Nägeli-Winzen glaubte, auf einen solchen Vertrag verzichten zu können, versprach, das *Echo* werde weiterhin ein sozialdemokratisches Organ bleiben, und teilte den Arbeiterführern mit, dass er Hans Nydegger als Redaktor beizubehalten wünsche. Während der Verhandlungen, die sich in die Länge zogen, trugen die Schaffhauser Arbeiterführer einen Pressefonds von 80 000 Franken zusammen, der teilweise

⁷² Schlatter 20.

⁷³ AZ 16.3.1929.

⁷⁴ Gewerkschaftskartell 187.

⁷⁵ Amtsblatt 1918.1022.

⁷⁶ Gewerkschaftskartell 176.

⁷⁷ Dokumente vom 12.7.1918 und 15.7.1918 in *Echo* 4.12.1918.

auch von bürgerlicher Seite geüfnet wurde⁷⁸. Sie trugen sich mit der Absicht, das *Echo* selbst zu übernehmen oder nach einem andern Organ Umschau zu halten.

Bevor der Entscheid gefallen war, kamen die Ereignisse des Generalstreiks dazwischen (S. 264). Das *Echo* veröffentlichte den Aufruf des Schaffhauser Aktionskomitees nur darum, weil Arbeitersekretär Schöttli ohne Zustimmung von Verleger und Redaktor direkt bei den Setzern den Abdruck durchsetzte⁷⁹. Redaktor Nydegger rückte zwei Tage später in einem Leitartikel vom Generalstreik ab. Dieser Rückenschuss hatte zur Folge, dass das *Echo* bis zum Streikabbruch ebenfalls bestreikt wurde und sich die mehrheitlich revolutionär gesinnte Arbeiterschaft von ihrem ehemaligen Organ endgültig löste. Die von den Arbeiterführern in Eile gegründete *Arbeiter-Zeitung* sorgte dafür, dass das *Echo* bis Mitte 1919 nur noch einen Drittel seiner bisherigen Abonnenten halten konnte⁸⁰.

Es lässt sich nicht verkennen, dass der Verleger Nägeli als Geschäftsmann und als politischer Denker einen Fehler machte, als er über die Köpfe der Arbeiterführer hinweg einen nichtakzeptierten Redaktor bestimmte. Dass er nun auch nach dem Generalstreik sein Blatt stur auf der Linie der national gesinnten Grütlianer hielt, war der Anfang vom geschäftlichen Niedergang des *Echo*. Am 7. Mai 1920 musste sich Nägeli doch noch zu einem Redaktionsstatut bequemen, das er aber nicht mit der *Arbeiterunion* oder mit der *Sozialdemokratischen Partei* abschloss, sondern mit dem *Kantonalverband der Schaffhauser Grütlivereine*, der seit dem Generalstreik eine eigene Politik verfolgte. Der Vertrag enthielt die folgenden Bestimmungen:

1. Das *Echo* ist das Organ der kantonalen Grütlivereine.
2. Die Grütlivereine können einen verbindlichen Dreivorschlag für die Redaktionsbesetzung machen.
3. Der Vertrag ist gegenseitig auf sechs Monate kündbar.

Seit dem 1. Juli 1919 führte der Glarner Jakob Hefti die Redaktion des *Echo vom Rheinfall*, nachdem Hans Nydegger die Zeitung hatte verlassen müssen⁸¹. Doch auch unter Hefti konnte das Blatt weder politisch noch geschäftlich die ehemalige Bedeutung zurückgewinnen. Auch als der Grütlianer Jakob Hefti 1919 unter

⁷⁸ *Echo* 4.12.1918.

⁷⁹ *Echo* 9.11.1918.

⁸⁰ AZ 16.3.1929.

⁸¹ Redaktionserklärung in *Echo* 1.7.1919, AZ 16.3.1929.

seltamen Umständen Schaffhauser Nationalrat wurde (S. 288), verbesserte sich die Situation nicht, im Gegenteil. Der Echoredaktor wurde von rechts und links gleichermassen angegriffen, und der als «Schaggi Rolleputz» glossierte Jakob Hefti verliess bereits 1921 aus politischen Motiven fluchtartig den Kanton Schaffhausen. Die Echoredaktion übernahm auf den 1. April 1921 Dr. Hugo Kramer. Auch der neue Redaktor traf offenbar den Ton seiner Leserschaft nicht ganz und verliess das *Echo* bereits wieder nach fünf Monaten⁸². Dr. Hugo Kramer spielte später eine nicht unwichtige Rolle in der religiös-sozialen Bewegung, an deren linkem Flügel er stand⁸³.

Mit dem 1. September 1921 wechselte das *Echo vom Rheinfall* seinen Namen, seinen Besitzer und seine politische Richtung⁸⁴. Als *Schaffhauser Volkszeitung* wurde es von der Kollektivgesellschaft Byland & Nägeli unter der Redaktion von Conrad Friedrich Byland-Fritschy herausgegeben und versuchte als *Nordostschweizer Generalanzeiger* (Zweititel) seine Abonnentenbasis zu vergrössern. Vom 26. Januar 1922 an erschien das Blatt mit dem neuen Untertitel «Demokratisches Volksblatt» und gab damit seine neue politische Haltung bekannt. Die *Schaffhauser Volkszeitung* wurde zum Organ der neugegründeten *Demokratischen Partei des Kantons Schaffhausen* (S. 284). Als Redaktoren zeichneten kurz nacheinander Eduard Kluge, F. Forster und Paul Schaufelberger. Der letzte Redaktor übernahm das Blatt auf den 1. März 1923, vermochte aber den geschäftlichen Rückgang nicht mehr aufzuhalten, so dass die Zeitung Ende August 1923 das Erscheinen einstellen musste. Die Druckerei und die Verlagsrechte gingen an die Intelligenzblattfirma Meier & Cie. über⁸⁵.

Eduard Haug

Kurz vor Hermann Schlatters Wahl in die städtische Exekutive begann sich eine Persönlichkeit um die Arbeiterschaft zu kümmern, die im gesellschaftlichen und geistigen Leben von Schaffhausen eine führende Stellung einnahm: Professor Eduard Haug, der spätere Rektor der Kantonsschule⁸⁶. Seiner Initiative und sei-

⁸² *Echo* 16.3.1921, 1.4.1921—31.8.1921. AZ 5.4.1921.

⁸³ Mitteilung Regina Kägi-Fuchsmann 4.7.1969.

⁸⁴ Amtsblatt 1921,775.

⁸⁵ Amtsblatt 1925,894.

⁸⁶ Biographie in SBVG 34,1957,266—290.

nem Organisationstalent ist die Ausweitung der *Sozialdemokratischen Partei der Stadt Schaffhausen* auf den ganzen Kanton zu verdanken. Entsprechend seiner gesellschaftlichen Stellung und seiner Bildung hätte Haug eher der *Freisinnig-demokratischen Partei* beitreten müssen. Doch seine schwäbische Herkunft und sein politischer Ehrgeiz führten ihn in die Reihen der Arbeiterschaft, wo er als einziger Schaffhauser Kathedersozialist sofort eine führende Stellung einnahm. Eduard Haug wurde 1856 in Widdern (Württemberg) geboren und 1882 als Professor für deutsche Literatur an die Schaffhauser Kantonsschule gewählt. Durch literarhistorische Publikationen machte er sich in Fachkreisen bald einen Namen, und in späteren Jahren wurde ihm in Anerkennung seiner Arbeiten über Johann Georg Müller, Johannes von Müller und Arnold Ott der Ehrendoktor der Universität Zürich verliehen. Eigentlich war Eduard Haug für die akademische Laufbahn prädestiniert, und Professor Emil Ermatinger, der bei Haug zur Schule ging, schreibt über seinen ehemaligen Lehrer:

Ich habe nur eines bedauert: dass es ihm nicht vergönnt war, an einer grösseren Schule und in weiteren Verhältnissen zu wirken. Es hat sich einige Zeit, nachdem ich die Schule verlassen hatte, gezeigt, dass seine Begabung Gefahr lief, in der Enge zu verkümmern. Er lenkte sie, um die Möglichkeit grösserer Tätigkeit zu haben, auf die Nebengeleise des Volksschauspiels und der Politik⁸⁷.

Mit dem Volksschauspiel kam Eduard Haug in Berührung, als Schaffhausen 1901 den Beitritt zur Eidgenossenschaft mit einem Festspiel von Arnold Ott feierte und dem Literaturprofessor die Regieleitung übergab. Mit diesem Volks- und Festspiel, das die Schaffhauser Bevölkerung aller Stände zu einem volkstümlichen Staatsakt zusammenführte, der in manchen Zügen an das Tellspiel in Gottfried Kellers «Grünem Heinrich» erinnert, ist Haugs Persönlichkeit eng verknüpft. Als Dank für seinen Einsatz als Regisseur und Spielleiter verlieh ihm der Kanton Schaffhausen das Ehrenbürgerrecht. So war der feingliederige und intelligente Professor bei dem kurz darauf erfolgenden Eintritt in die Politik nicht nur eine glänzende Erscheinung, sondern verfügte auch über eine ansehnliche Popularität. Um 1905 begann Eduard Haug mit seiner Vortragstätigkeit über Kunst und Wissenschaft vor der Schaffhauser Arbeiterschaft. Als er sich im November 1907 als parteiloser

⁸⁷ Emil Ermatinger, *Richte des Lebens*, Frauenfeld 1943, 131.

Kantonsratskandidat zur Verfügung stellte, warf ihm das *Tagblatt* vor, er «laiche» seit Jahren mit den Sozialdemokraten. Der Anwurf hatte zur Folge, dass Haug nicht gewählt wurde⁸⁸. Der Wahlmisserfolg bewirkte, dass sich Eduard Haug näher an die Arbeiterschaft anschloss und sich in der Öffentlichkeit zur Sozialdemokratie bekannte. Der Schaffhauser Mundartdichter Albert Bächtold hat nicht nur die bekannte Beschreibung des *Professors* Haug verfasst⁸⁹, sondern auch die des *Politikers* Haug, wie er sich kurz nach seinem Anschluss an die Sozialdemokraten präsentierte. Die gutgetroffene Schilderung findet sich versteckt im «Piotr Ivànowitsch». Der Titelheld «Räbme» im Roman von Albert Bächtold erinnert sich anlässlich einer Demonstration in Moskau plötzlich an eine ähnliche Veranstaltung in Schaffhausen, in welcher Eduard Haug teilgenommen hatte, der am Gymnasium den Spitznamen «Gööde» führte:

Wo de Räbme au mol som e Omzug zuelueget, chunnt im zmoold de Sii an en andere, won er vor Johre als Gimnasiacht dihaa z Rhiistadt gsäh hät — de eersch Mäi Omzug vo ane nünzehundertsüttni isch es gsii —: Anderthalb oder zwaa Totzet Manne hinder eme roote Fahne häär, und grad hinderem Fahne, ganz elaa, de «Gööde», de Literaturprofässer, im Gehrock und mit em Zilinder uf. Da säjid «Sozi», häts ghaasse, und alls hät ggrunse⁹⁰.

Man glaubt, aus dieser dichterischen Momentaufnahme herauszuspüren, wie tief der Graben zwischen dem sorgfältig gekleideten Professor und den Arbeitern ist. Für einen Kantonsschulprofessor brauchte es in diesen Jahren einen seltenen Mut, sich öffentlich für die Arbeiterklasse einzusetzen und sich deswegen der Lächerlichkeit preiszugeben. Die Arbeiterschaft ehrte Eduard Haug, indem sie ihn 1909 zum Präsidenten der *Schaffhauser Arbeiterunion* wählte⁹¹.

Ausweitung zur Kantonalpartei

Der *Kantonalverband der Schaffhauser Grütlivereine* verlor in diesen Jahren immer mehr von seinem Einfluss, während die *Arbeiterunion* im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts zur führenden

⁸⁸ Echo 22.11.1907, 23.11.1907. Protokoll EWG Schaffhausen 24.11.1907, 28.11.1907. Vgl. Reaktion von Emil Frauenfelder S. 218.

⁸⁹ Vgl. SBVG 34, 1957, 266—268, und Karl Schib, *Hundert Jahre Kantonsschule Schaffhausen*, Schaffhausen 1951, 73.

⁹⁰ Albert Bächtold, *Piotr Ivànowitsch*, Schaffhausen 1964², 503.

⁹¹ Gewerkschaftskartell 38.

Arbeiterorganisation im Kanton Schaffhausen wurde. Der bisher neutrale schweizerische Gewerkschaftsbund, dem die *Arbeiterunion Schaffhausen* angehörte, bekannte sich 1906/1908 zum proletarischen Klassenkampf, nicht zuletzt unter dem Einfluss der vielen ausländischen Arbeiter in der Schweiz. Diese ideologische und taktische Wandlung wollten die genossenschaftlich-national orientierten *Grütlivereine* nicht mitmachen, mit der Wirkung, dass ihre Mitgliederzahlen trotz der sprunghaft ansteigenden Arbeiterzahlen stagnierten⁹². Schaffhausen als Grenzstadt bekam den Einfluss der Ausländer besonders stark zu spüren, denn als die örtlichen Industrien ihren Personalbestand in diesen Jahren massiv erhöhten, zog sie zahlreiche Grenzgänger aus Süddeutschland an. Die Eisen- und Stahlwerke im Mühlental (+GF+) verdoppelten zwischen 1900 und 1910 ihre Belegschaft und beschäftigten am Ende des Jahrzehnts 2000 Arbeiter und Angestellte⁹³. Der Ausländeranteil der städtischen Bevölkerung vergrösserte sich ständig und erreichte 1910 32 Prozent⁹⁴. Mit diesem knappen Drittel an ausländischen Stadtbewohnern erreichte Schaffhausen eine Ueberfremdung, die auch gesamtschweizerisch von seltenem Ausmass war. Den grössten Anteil stellten die Deutschen, was teilweise verständlich macht,

⁹² Eine Gegenüberstellung der Zahlen von Wohnbevölkerung, Arbeitern und Mitgliedern des Grütlivereins ergibt folgendes Bild:

<i>Jahr</i>	<i>städtische Wohnbevölkerung</i>	<i>Arbeiter</i>	<i>Mitglieder der Grütlivereine</i>
1888	12 315	2 630	370
1895		4 243	367
1900	15 275		309
1901		5 343	309
1910	18 101		294
1911		7 375	307
1916		10 600	362
1920	20 064		388
1923		7 500	286

Wohnbevölkerungs- und Arbeiterzahlen aus *Martin Braumandl, Das Bank- und Kreditwesen im Kanton Schaffhausen*, Dissertation, Wädenswil [1947], 24/25. Mitgliederzahlen des Grütlivereins aus: *Grütli-Kalender*, Jahresbericht GV.

⁹³ *Hundertfünfzig Jahre Georg Fischer Werke 1802—1952*, Schaffhausen 1952, 165.

⁹⁴ *Kurt Schüle, Die Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft der Stadt Schaffhausen 1945—1965 unter besonderer Berücksichtigung des städtischen Finanzhaushaltes* [Schaffhausen 1966] (Staatsarchiv HZ 4328).

dass man in Schaffhausen beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges vorwiegend deutschfreundlich gesinnt war. Die vielen Arbeiter stärkten durch ihren Eintritt in die Berufsverbände die *Arbeiterunion*, die nach den neuen Statuten von 1906 alle gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Organisationen zentralistisch zusammenfasste⁹⁵. Nicht mehr der *Grütliverein* war die eigentliche Basis der *Sozialdemokratischen Partei*, sondern die Gewerkschaften mit ihrer Klassenkampffideologie.

Aufgrund dieser inneren Wandlungen kam es an den Parteitagen der *Sozialdemokratischen Partei der Schweiz* zu Auseinandersetzungen mit dem *Grütliverein*. 1911 wurden deshalb die Statuten revidiert, und auch in Schaffhausen musste die Parteiorganisation den veränderten Verhältnissen angepasst werden. Noch 1907 war an der Delegiertenversammlung der *Schaffhauser Grütlivereine* die Frage, ob ausser dem Kantonalverband noch eine eigentliche Kantonalpartei zu gründen sei, verneint worden⁹⁶. Nach 1911 erklärte sich die *Arbeiterunion* als *Sozialdemokratische Partei von Schaffhausen und Umgebung*⁹⁷ und betrachtete sämtliche angeschlossenen Gewerkschaften und Grütlivereine als Kollektivmitglieder. Durch diese Umorganisation erhielt Schaffhausen eine Arbeiterpartei, die über die Stadtgrenzen hinausgriff und alle Arbeitervereine zu einer betont politischen Aktionseinheit zusammenfasste. Der Dualismus und die ideologischen Differenzen zwischen Grütlivereinen und Gewerkschaften wurde durch die geschickte Leitung der *Arbeiterunion*, besonders von Eduard Haug, ausgeglichen. Um der neuen *Sozialdemokratischen Partei* auch Nichtgrütlianer und Nichtgewerkschafter zuzuführen, wurde am 29. März 1912 eine *Sozialdemokratische Mitgliedschaft* als Sympathisantenorganisation gegründet, die aber nie eine wesentliche Rolle gespielt hat⁹⁸. Um den verschiedenen Aufgaben gerecht zu werden, gliederte sich die *Arbeiterunion* in eine politische und eine gewerkschaftliche Abteilung. Die politische Abteilung bildete die *Sozialdemokratische Partei*, die sich nun als kantonale Organisation verstand.

Die *Sozialdemokratische Partei des Kantons Schaffhausen* zeigt sich von 1912 bis zum Generalstreik als geschlossene Organisation, die alljährlich ihren Parteitag in irgendeiner Gemeinde abhielt und

⁹⁵ Statuten in Stadtbibliothek UO 326 V/17.

⁹⁶ Echo 4.11.1907.

⁹⁷ § 1 der Statuten (Stadtbibliothek UO 326 V/17). Gewerkschaftskartell 177.

⁹⁸ Echo 1.3.1912, 28.3.1912, 3.4.1912.

allmählich auch die kantonale Politik in den Griff bekam. Mit Beginn der Amtsperiode 1913/1916 bildeten die *Sozialdemokraten* im Kantonsrat eine eigene Fraktion⁹⁹. An der Spitze der Partei stand bis zum Parteitag vom 9. Mai 1915 Arbeitersekretär Emil Meyer, auf ihn folgte Eduard Haug¹⁰⁰. Mit diesem Wechsel mitten im Weltkrieg war eine Verschärfung des politischen Kurses verbunden, der sich im Wahlgesehen verfolgen lässt. Kurz vor dem Ausbruch des Krieges hatte die Schaffhauser Arbeiterschaft die Gelegenheit des Schweizerischen Grütli-Zentralfestes benutzt, um sich der Bevölkerung von der besten Seite zu zeigen. Vom 17. bis 20. Juli 1914 fand das Zentralfest zum zweitenmal in der Stadt Schaffhausen statt. *Ein Festzug, wie ihn Schaffhausen noch nie sah, mit über 6000 Teilnehmern und einer riesenhaften Beteiligung von Sängern, Turnern, Schützen usw. gab der Versammlung einen imposanten äusseren Rahmen*¹⁰¹. Die Leitung des Grossanlasses bewältigte Eduard Haug, während Verhörerichter und Hauptmann Johannes Müller «hoch zu Ross» den mächtigen Festumzug dirigierte.

Die Einigkeit, in der sich die Arbeiterschaft am Grütli-Zentralfest zeigte, war nur noch von kurzer Dauer. Der Weltkrieg, die Grenzbesetzungsdienste und die Vorboten der Russischen Revolution von 1917 blieben nicht ohne Einwirkungen auf die Schaffhauser Arbeiterpartei. Auch in der kantonalen Geschäftsleitung kam es zu Differenzen, die zu einem mehrmaligen Wechsel im Vorstand führten. Wie schwierig es in diesen Jahren war, zugleich Offizier und Sozialdemokrat zu sein, musste Johannes Müller erfahren, der die Schaffhauser Kompagnie III/98 kommandierte. Seine unerbittliche Strenge wurde zum Anlass einer Vorladung vor die sozialdemokratische Parteileitung, die ihm vorwarf, weder als Offizier noch als Verhörerichter im Sinn der Partei zu handeln¹⁰². Im Dilemma, entweder dem eigenen Gewissen und dem Amtsgelübde oder dem Anspruch der Partei zu gehorchen, entschied sich Johannes Müller für das erstere und trat aus der Partei aus. 1916 wurde er als Kantonsrat ohne Parteizugehörigkeit bestätigt, fiel aber 1920 aus der Wahl, weil er von keiner Seite unterstützt wurde. Auch als Nationalratskandidat hatte Johannes Müller im Jahr 1919

⁹⁹ Echo 20.1.1914.

¹⁰⁰ Echo 10.5.1915. Eduard Haug war schon im März 1912 zum Präsidenten der politischen Sektion der Arbeiterunion gewählt worden, nachdem sich die SP der Stadt Schaffhausen aufgelöst hatte (Echo 15.12.1911, 15.5.1912).

¹⁰¹ Gewerkschaftskartell 21.

¹⁰² Mitteilung Johannes Müller 28.6.1969.

keinen Erfolg (S. 285). Das einzelne Beispiel illustriert die Situation, in der sich die Partei und ihre Mitglieder während des Weltkrieges befanden.

Wahlen

Die Parlamentswahlen der Jahre 1904 bis 1912 zeigen keineswegs das Bild einer gehässigen politischen Kampfzeit, wie sie während und nach dem Ersten Weltkrieg bestand. Die ersten Jahre der *Sozialdemokratischen Partei der Stadt Schaffhausen* standen ganz unter dem Einfluss ihres Führers Hermann Schlatter. Es war eine überaus delikate Angelegenheit, eine neue Partei zu politischem Ansehen und Erfolg zu bringen, die an der Spitze über einige kämpferische Sozialdemokraten verfügte, deren Mittelbau aus genossenschaftlichen Funktionären und Handwerkern bestand und die ihre sicheren Wähler vorerst nur in den Mitgliedern der Grütlivereine und der Gewerkschaften hatte. Dennoch gelang die Emanzipation der Sozialdemokraten in den Wahlkreisen Schaffhausen und Neuhausen, wie die folgende Liste der Kantonsratswahlen zeigt¹⁰³:

Wahljahr	Schaffhausen			Neuhausen		
	Anteil Stimmen	Sitze absolut	Anteil Sitze	Anteil Stimmen	Sitze absolut	Anteil Sitze
1904	16,3 0/0	5	16,1 0/0	62,3 0/0	5	62,5 0/0
1908	16,3 0/0	5	16,1 0/0	41,2 0/0	4	50,0 0/0
1912	22,1 0/0	8	26,7 0/0	55,1 0/0	5	55,5 0/0
1916	28,9 0/0	1	3,3 0/0	73,8 0/0	9	100,0 0/0

Die Tabelle zeigt die stetige Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen in Schaffhausen und Neuhausen. Neuhausen weist eine ausgesprochen starke Stimmensteigerung auf, was von der starken Industrialisierung herrührt und vom Ansehen der Sozial-

¹⁰³ Die Zahlen wurden wie folgt errechnet:

Anteil Stimmen: Die Stimmen sämtlicher Parteiangehörigen gemäss amtlicher Publikation wurden ins Verhältnis gesetzt zu den Stimmen sämtlicher Kandidaten. Leere und ungültige Stimmzettel wurden vernachlässigt, ebenso vereinzelt Stimmen von ungenannten Kandidaten.

Sitze absolut: Sitze der Parteiangehörigen.

Anteil Sitze: Die Sitze der Parteiangehörigen wurden ins Verhältnis gesetzt zu sämtlichen Sitzen des Wahlkreises.

demokraten, die den Gemeindepräsidenten stellten. Bis 1912 stimmt der prozentuale Anteil an Stimmen und Kantonsratssitzen in beiden Wahlkreisen überein. Im Wahljahr 1916 klaffen Stimmenanteil und Sitzanteil weit auseinander. Das praktizierte Majorzsystem führte in Schaffhausen zu einem Sieg der Bürgerlichen, in Neuhausen konnten dafür die Sozialdemokraten sämtliche Mandate besetzen. Wo liegen die Gründe dieses seltsamen Wahlergebnisses von 1916?

Die sozialdemokratische Wahltaktik der Vorkriegsjahre unterscheidet sich klar vom Wahlkampf 1916. 1908 fanden die Wahlen in Schaffhausen *im schönsten Frieden gemäss den zwischen den Parteihäuptern vereinbarten Vorschlägen* statt¹⁰⁴. Den Stimmberechtigten wurde eine gemeinsame Liste aller Parteien mit genau soviel Kandidaten vorgelegt, wie gewählt werden mussten¹⁰⁵. 1912 stellte jede Partei eine eigene Liste auf, nahm jedoch zahlreiche Vertreter anderer Parteien auch in die Aufstellung hinein¹⁰⁶. Die *Sozialdemokratische Partei* unterstützte vor allem die Vertreter der konfessionellen Parteien gegen den allmächtigen Freisinn und galt damit als Vorkämpfer der Minderheitsparteien. In Neuhausen überliess 1908 der *Grütliverein* der neugegründeten *Freisinnigdemokratischen Partei* freiwillig einen Sitz¹⁰⁷, als sich aber 1912 eine Allianz zwischen Freisinnigen und Katholiken ergab¹⁰⁸, liessen sich die Grütlianer-Sozialdemokraten dazu bewegen, eine reine Parteiliste mit fünf Namen vorzulegen mit der Empfehlung an die Stimmbürger, die restlichen vier Linien leer zu lassen¹⁰⁹. Dieses System bewährte sich, und der Sitz, der Neuhausen durch Bevölkerungsvermehrung neu zustand, fiel an die Linke.

Gegenüber diesen Vorkriegswahlen, die vom Wunsch getragen waren, allen Gruppierungen die ihnen zukommende Sitzzahl zu sichern, unterscheiden sich die Wahlen von 1916. Die Oberstenaffäre hatte anfangs 1916 zu einer Protestdemonstration im «Tanzenhof» geführt, an welcher der radikale Berner Sozialdemokrat Robert Grimm die Kluft zwischen gewöhnlichem Volk und bürgerlicher Armee mit scharfen Worten gebrandmarkt hatte¹¹⁰. Kurz vor

¹⁰⁴ Echo 17.11.1908.

¹⁰⁵ Echo 7.11.1908.

¹⁰⁶ Inserat in Echo 8.11.1912.

¹⁰⁷ Echo 7.11.1908.

¹⁰⁸ Baumeister Josef Albrecht war als Vertreter der Katholiken Vorstandsmitglied der FDP (Echo 5.11.1912).

¹⁰⁹ Echo 8.11.1912.

¹¹⁰ Rohr 5,6.

den Wahlen hielt Robert Grimm einen zweiten Vortrag in Schaffhausen und forderte dabei die Arbeiterschaft auf, den Feind der Sozialisten nicht im Ausland, sondern im eigenen Land zu suchen. Der Redner schnitt dabei ein Thema an, das die Schaffhauser Sozialdemokraten am «Roten Sonntag» vom 3. September 1916 durch ein gegen sie gerichtetes Militäraufgebot hautnah kennengelernt hatten. Wegen dieses Ereignisses beschloss die *Sozialdemokratische Partei*, bei den Regierungsratswahlen leer einzulegen und damit ihr Missfallen gegenüber der freisinnigen Exekutive auszudrücken. Diese Parole wurde von rund 1500 Stimmberechtigten befolgt¹¹¹. Die politische Brunnenvergiftung war eingeleitet und wirkte sich in den Kantonsratswahlen vom 12. November 1916 aus. Die *Sozialdemokratische Partei* stellte im Wahlkreis Schaffhausen eine Liste mit 16 Vertretern auf und bekundete damit den Willen, die Mehrheit der 30 Sitze zu erobern. In Neuhausen trat sie mit einer vollen Liste vor die Wählerschaft, um die grundsätzliche Bedeutung der Wahlen ins Kantonsparlament herauszustreichen. Mit dieser Aktion und der öffentlichen Erklärung, auf jede Absprache mit andern Parteien zu verzichten¹¹², zwang die Linke die Katholiken und die Liberalen, sich der *Freisinnig-demokratischen Partei* anzuschliessen, weil sie im Majorzverfahren nicht allein durchdringen konnten. Diese bürgerliche Allianz wurde der Linken zur «Würgallianz», indem trotz gesteigerter Stimmenzahl alle Sozialisten bis auf Bürgerratspräsident Albert Biedermann aus dem Rat weggewählt wurden. Das Majorzsystem bevorzugte die Mehrheit. Mildernd auf das kantonale Ergebnis wirkte sich das Wahlergebnis von Neuhausen aus, wo — ebenfalls dank dem Majorzsystem — sämtliche Bürgerlichen über die Klinge springen mussten und alle neun Sozialisten gewählt wurden. So ergab sich für die *Sozialdemokratische Partei des Kantons Schaffhausen* in der Amtsperiode 1917/1920 eine Fraktionsstärke von vorerst 10 Mann. 1918 kamen Hermann Schlatter und Gottfried Meier-Lanz wieder dazu, doch trat noch während der Amtszeit eine Trennung in eine Grütlianerfraktion und eine sozialdemokratische Fraktion ein¹¹³.

Auf Neuhausen und Schaffhausen beschränkte sich auch der Einfluss der Sozialdemokraten bei den Gemeindewahlen. In Neuhausen stellten sie den Gemeindepräsidenten Jean Moser, der 1918

¹¹¹ Von 8157 Stimmdenden wurden nur 26 649 statt 40 685 gültige Stimmen abgegeben (Amtsblatt 1916,935). Vgl. Echo 8.11.1916.

¹¹² Echo 3.11.1916.

¹¹³ ST 23.1.1919.

durch Hans Müller ersetzt wurde, als er die Echo-Redaktion hatte verlassen müssen. Hermann Schlatter vertrat seit 1908 die Linke im Schaffhauser Stadtrat. In den Erneuerungswahlen von 1912 und 1916 versuchte auch Eduard Haug, in die städtische Exekutive zu gelangen, hatte aber keinen Erfolg¹¹⁴. Doch mitten in der Gärung des Ersten Weltkrieges trat der Schaffhauser Stadtpräsident Carl Spahn am 28. Oktober 1917 zurück¹¹⁵. Als seinen Nachfolger schlug der freisinnige Spahn den Sozialdemokraten Hermann Schlatter vor¹¹⁶. Daraus zeigt sich, dass der überraschende Rücktritt Spahns von der Einsicht diktiert wurde, Schlatter als unbestrittener Führer der in Erregung geratenen Arbeiterschaft sei am ehesten in der Lage, beruhigend und ausgleichend zu wirken. Mit christlich-sozialer Wahlhilfe¹¹⁷ errang Hermann Schlatter am 2. Dezember 1917 einen deutlichen Sieg gegenüber dem von den Liberalen und Freisinnigen portierten Dr. Heinrich Schärner¹¹⁸. Schaffhausen erhielt in Schlatter kurz vor dem Generalstreik seinen ersten sozialdemokratischen Stadtpräsidenten. Da Carl Spahn aus dem Stadtratskollegium ausschied, war auch eine Stadtratsersatzwahl zu treffen. Wieder kam die *Sozialdemokratische Partei* zum Zug, indem am 27. Januar 1918 Arbeitersekretär Emil Meyer gewählt wurde. Der christlich-soziale Theodor Lunke schied im ersten, der freisinnige Otto Sorg im zweiten Wahlgang aus¹¹⁹. Thomas Rohr schreibt die Erfolge der Sozialisten unter anderem der Hochkonjunktur der Schaffhauser Metallindustrie zu, die eine grosse Zahl schweizerischer Aufenthalter im Wahlkreis festgehalten hat¹²⁰. Da die Erledigung einer Motion, die zum Stimmrecht der Aufenthalter hätte führen sollen, seit 1911 verschleppt wurde und erst 1920 zum Abschluss kam¹²¹, waren die Aufenthalter vor der Stadtpräsidentenwahl zum Erwerb der Niederlassung und damit des Stimmrechtes aufgefordert worden. Es ist tatsächlich erstaunlich, wie der Wahlkörper des Wahlkreises Schaffhausen im Zeitraum von 1916 bis 1920 sich von 3433 auf 4528 Stimmberechtigte vergrösserte¹²².

¹¹⁴ SI/ST 25.11.1912, 4.12.1916.

¹¹⁵ Protokoll SR Schaffhausen 1917,280.

¹¹⁶ Steinemann 11. Schlatter-Haas 4.

¹¹⁷ SZ 30.11.1917.

¹¹⁸ SI 3.12.1917.

¹¹⁹ SI 20.1.1918, 28.1.1918.

¹²⁰ Rohr 27.

¹²¹ Müller 129,130.

¹²² SI 13.11.1916, 15.11.1920.

Weniger Erfolg hatte die *Sozialdemokratische Partei* bei Wahlen, bei welchen der ganze Kanton Schaffhausen als ein einziger Wahlkreis galt, d. h. bei den Wahlen in den Regierungsrat und den National- und Ständerat. Nach den erfolglosen Versuchen Hermann Schlatters bei den Nationalratswahlen 1905 und den Ständeratswahlen 1906 wiederholte sich der Misserfolg 1911, als Schlatter sowohl als National- als auch Ständerat kandidierte¹²³. Drei Jahre später verzichtete die Linke der Kriegszeit wegen auf eine eigene Kandidatur, nahm dann dafür 1917 mit Professor Eduard Haug und Metallarbeitersekretär Heinrich Weber den Kampf gegen die Bürgerlichen auf. Der Erfolg vom Oktober 1917 war beachtlich. Beide Sozialdemokraten erreichten Stimmenzahlen, die nur knapp unter denjenigen der bürgerlichen Nationalräte lagen¹²⁴. Da die Wahl noch nach dem Majorzverfahren stattfand, gingen die Sozialisten trotz der hohen Stimmenzahlen leer aus.

An den Regierungsratswahlen beteiligte sich die *Sozialdemokratische Partei* erstmals im Jahr 1911 mit Eduard Haug. Er erreichte dabei kaum einen Drittel der Stimmen, die dem gewählten Heinrich Pletscher (FDP) zufielen¹²⁵. Als Pletscher vier Jahre später wieder zurücktrat und Regierungsrat Keller starb, wäre es ein Akt der politischen Klugheit und der Vermittlung gewesen, einem Vertreter der Linken in die Exekutive zu verhelfen. Doch Professor Eduard Haug, der ein weiteres Mal kandidierte, verlor auch die Wahl vom 7. März 1915 an die Freisinnigen Gottfried Altorfer und Albert Moser-Tobler (S. 221). Die Freisinnigen wollten keinen Sozialdemokraten in die Regierung lassen, die Arbeiter standen nicht geschlossen hinter dem Intellektuellen Haug¹²⁶, so dass ihm und der Partei der Regierungssitz versagt blieb.

¹²³ Amtsblatt 1911,862,863.

¹²⁴ Wahlresultat vom 28.10.1917: Spahn (FDP) 4994, Grieshaber (FDP) 4561, Haug (SP) 4164, Weber (SP) 3779 Stimmen; absolutes Mehr 4658 (Amtsblatt 1917,1322). Da Grieshaber das absolute Mehr nicht erreicht hatte, fand am 11.11.1917 ein zweiter Wahlgang statt. Resultat: Grieshaber (gewählt) 5180, Haug 4889 Stimmen (Amtsblatt 1917,1403). Nach der in Schaffhausen von 1872 bis 1919 üblichen Praxis wurden die leeren und ungültigen Stimmen in Abzug gebracht und aus der Reststimmenzahl das absolute Mehr errechnet. Wären nur die leeren Stimmen abgezogen worden, hätte das absolute Mehr im ersten Wahlgang 5453 betragen und wäre somit auch von Spahn nicht erreicht worden (vgl. Staatsarchiv, Auskünfte 1974,41).

¹²⁵ Wahl vom 5.2.1911: Pletscher (FDP) 5238, Haug (SP) 1567 Stimmen (Amtsblatt 1911,86).

¹²⁶ Schlatter-Haas 4.

Liberaler Verein und Liberal-demokratische Partei

Konstituierung

Am 26. Juni 1905 konstituierte sich in Schaffhausen in aller Stille eine neue politische Vereinigung, die unter dem Namen *Liberaler Verein* mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit trat und zum Beitritt aufforderte¹²⁷. Unterschrieben war der Aufruf von Professor Carl Kirchofer-Im Hof, Friedrich Sigerist-Stötzner und Karl Bachmann. Das Intelligenzblatt fügte hinzu: «ein Professor, ein Grosskapitalist und ein Buchdrucker»¹²⁸. Die Bezeichnung «liberal» war insofern irreführend, als mit dem neuen Verein eine reformiert-konservative Gruppierung im Entstehen war, welche die kirchlich positiven Stimmbürger zusammenfasste. Sie war herausgewachsen aus dem «Verein positiver Kirchengenossen» und verfolgte eine Politik, deren Grundsätze im Aufruf wie folgt umschrieben waren:

In politischer Beziehung wollen wir nicht eine konservative oder gar eine reaktionäre Partei bilden, die ihre Kraft in der Negation sucht und alles Neue bekämpft. Wir möchten im Gegenteil den Beweis liefern, dass positives Christentum sich sehr wohl mit echter Vaterlandsliebe und wahrem Freisinn verträgt; wir möchten für alle Bestrebungen eintreten, in denen wir einen gesunden Fortschritt erblicken, von welcher Seite sie auch kommen mögen. Unser nächster Zweck ist es, daraufhin zu arbeiten, dass wir in den Behörden eine angemessene Vertretung erlangen, oder dass sie uns da, wo wir sie schon besitzen, nicht geschmälert werde¹²⁷.

Wurzeln im 19. Jahrhundert

Der Hinweis auf den schon vorhandenen «Besitzstand» zeigt, dass sich die neue Organisation auf eine traditionelle politische Richtung stützen konnte. Die Wurzeln dieser ideologischen Richtung weisen tatsächlich weit zurück bis in die Zeit um 1875, als Regierungsrat Zacharias Gysel das Präsidium des *Eidgenössischen*

¹²⁷ SI/ST 30.6.1905.

¹²⁸ SI 1.7.1905.

Vereins führte und in Johannes Hallauer und Pfarrer Emanuel Stickelberger Gesinnungsgenossen hatte¹²⁹. Schaffhausen hatte 1878 eine eigene Sektion des *Eidgenössischen Vereins*, doch hat sich diese nur wenig in politische Wahlen eingeschaltet¹³⁰. Die als «Pietisten» und «Orthodoxe» bekämpften Politiker¹³¹ reformiert-konservativer Observanz fanden Ende des 19. Jahrhunderts im «Kränzchen» um den streitbaren Theologen Johann Jakob Schenkel zusammen. Ihm gehörten unter andern Forstmeister Konrad Vogler, Stadtrat Carl Keller und Oberst Oskar Ziegler an¹³². Ein Hauptvertreter derselben Gesinnung war ferner Dr. Johann Conrad Gasser, Pfarrer in Buchberg, der von 1901 bis 1907 dem Kantonsrat angehörte, in den er, begleitet von «verläumderischen Wahlumtrieben», gewählt worden war¹³³. Dr. Gasser war Aktuar des *Liberalen Vereins*¹³⁴.

Wahlen

Der unmittelbare Anlass zur Gründung des *Liberalen Vereins* im Jahr 1905 war die Sicherung der Nachfolge von Oskar Ziegler, der aus dem Kantonsrat und dem Grossen Stadtrat zurücktrat. Oberst Ziegler war zwar Mitglied der *Freisinnig-demokratischen Partei*, galt aber als der eigentliche Exponent der liberal-konservativen Richtung¹³⁵. Taktisch nicht ungeschickt verzichtete der neue Verein auf die Nomination eines eigenen Kandidaten für den Kantonsrat und schlug dafür den Freisinnigen Dr. Wilhelm Habicht vor, der am 5. Juli 1905 gewählt wurde. Dieses Entgegenkommen wurde von den übrigen Parteien schlecht belohnt, indem

¹²⁹ NI 1.12.1875, 11.3.1876.

¹³⁰ 1878 schlug die Schaffhauser Sektion des *Eidgenössischen Vereins* Regierungsrat Zacharias Gysel und alt Ständerat Johannes Hallauer als Ständeräte, Forstmeister Konrad Vogler und Bezirksgerichtspräsident Eugen Ziegler als Nationalräte vor. Ziegler erklärte, dass er sich mit den Tendenzen des *Eidgenössischen Vereins* nicht einverstanden erklären könne (SI 23.10.1878. ST 24.10.1878). Gewählt wurde nur Johannes Hallauer (Amtsblatt 1878,715—716). Im *Schaffhauser Volksblatt* vom 7.9.1895 findet sich ein Artikel des *Eidgenössischen Vereins*, gezeichnet von «G.K.» Vgl. ferner: Bruno Rimli, *Sozialpolitische Ideen der Liberal-Konservativen in der Schweiz 1815—1939*, Zürich 1951, 129,132,137,145.

¹³¹ SI 22.12.1888 enthält einen Leitartikel gegen Schenkel, Vogler und andere «Orthodoxe».

¹³² SBVG 34,1957,124.

¹³³ Staatsarchiv, Akten des Grossen Rates 1882—1916, Ersatzwahl Buchberg 1901.

¹³⁴ ST 23.10.1905.

¹³⁵ Echo 5.7.1907.

sich der Kandidat für den Grossen Stadtrat, Waisenvater Theodor Beck, durch drei Wahlgänge schlagen musste, um endlich am 30. Juli 1905 als erster Liberaler im Kanton Schaffhausen gewählt zu werden. Sowohl auf freisinniger wie auf sozialdemokratischer Seite war man über die neue Partei wenig erbaut, weil beide Lager bestrebt waren, Staat und Kirche zu trennen und die Religion bei der Politik aus dem Spiel zu lassen.

Der *Liberale Verein des Kantons Schaffhausen* gab sich am 22. Oktober 1905 seine ersten Statuten. Er wählte einen Vorstand, der sich aus dem Präsidenten Karl Bachmann und je vier Mitgliedern aus der Stadt und vier Mitgliedern aus der Landschaft zusammensetzte¹³⁶. Seine Wirksamkeit war hauptsächlich auf den Wahlkreis Schaffhausen beschränkt, wo der Liberale Verein folgende Stimmen- und Sitzanteile errang¹³⁷:

Wahljahr	Kantonsrat			Grosser Stadtrat		
	Anteil Stimmen	Sitze absolut	Anteil Sitze	Anteil Stimmen	Sitze absolut	Anteil Sitze
1908	4,8 ⁰ / ₀	2	6,5 ⁰ / ₀	5,5 ⁰ / ₀	2	5,6 ⁰ / ₀
1912	6,3 ⁰ / ₀	2	6,7 ⁰ / ₀	5,7 ⁰ / ₀	2	5,6 ⁰ / ₀
1916	9,7 ⁰ / ₀	4	13,3 ⁰ / ₀	9,8 ⁰ / ₀	3	8,3 ⁰ / ₀
1918*				13,5 ⁰ / ₀	5	10,0 ⁰ / ₀

* 1918 wurde die Sitzzahl im Grossen Stadtrat von 36 auf 50 erhöht, und entsprechende Ersatzwahlen wurden getroffen.

Wie die Sozialdemokraten vergrösserte der *Liberale Verein* seinen Wähleranhang auf Kosten der Freisinnigen und machte mit dem «freiwilligen Proporz», wie er bis 1916 praktiziert wurde, langsam Sitzgewinne. Stimmenanteil und Sitzanteil stimmen ziemlich genau überein, ein Beweis, dass unter normalen Bedingungen das Majorzsystem durchaus gerecht war.

Die wichtigste Wahlaktion der Stadtliberalen erfolgte am 24. November 1912, als Lehrer Conrad Leu zum Stadtrat gewählt wurde. Die kleine Partei erhielt damit einen relativ grossen Einfluss. Recht scharf hatte sich das *Echo* für seinen Kandidaten

¹³⁶ ST 23.10.1905. Statuten in Stadtbibliothek, UO 326 V/17.

¹³⁷ Vgl. Erklärung in Anmerkung 103, Seite 239.

Eduard Haug ins Zeug gelegt und den liberalen Kandidaten Leu, der gewählt wurde, als «Betschwester» und «Stündeler mit Ohnmachtsanfällen» bekämpft¹³⁸. Obwohl sich der *Liberale Verein* als kantonale Organisation verstand, vermochte er in den Landwahlkreisen nicht durchzudringen. Ausser Buchberg, das, wie erwähnt, von 1900 bis 1907 von Pfarrer Dr. Johann Conrad Gasser vertreten wurde, ordnete nur noch die paritätische Gemeinde Ramsen nebst einem Katholiken jeweils einen erklärten Protestanten ab. Von 1908 an war es der Liberale Jakob Ruh, der sich allerdings 1918 auf die Seite der *Bauernpartei* schlug und deren erster Fraktionspräsident wurde (S. 289). Als Bauernvertreter mit liberalem Einschlag wurde Ruh 1921 Nationalrat und 1924 Regierungsrat.

Anschluss an die Landespartei

Im Jahr 1913 weiteten sich die schweizerischen Liberaldemokraten von einer Fraktion der Bundesversammlung zu einer Landespartei aus. Am 7. Oktober 1913 erfolgte der Anschluss des Schaffhauser *Liberalen Vereins*¹³⁹. Erst im Februar 1915 entschloss man sich zur Uebernahme der schweizerischen Bezeichnung und nannte sich fortan *Liberal-demokratische Partei des Kantons Schaffhausen*¹⁴⁰. Eine ideologische oder taktische Wendung im Kurs der Partei wurde dadurch ebensowenig notwendig als ein Wechsel in der Parteileitung, die weiterhin von Buchdrucker Karl Bachmann präsiert wurde. Für die Regierungsratswahl vom 7. März 1915 bezeichnete die *Liberal-demokratische Partei* Waisenvater Theodor Beck als ihren Kandidaten und versuchte dabei erstmals den Eintritt in die kantonale Politik. Sie hoffte, vermittelnd zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten zu wirken, wurde aber enttäuscht. Theodor Beck erhielt 1250 Stimmen, während es Eduard Haug (SP) auf 2246 brachte und die beiden Gewählten Moser-Tobler (FDP) mit 4640 und Altorfer (FDP) mit 4179 in die Regierung einzogen (S. 221).

Mitschuldig an einem fehlenden echten Erfolg der Liberaldemokraten war die Pressesituation im Kanton Schaffhausen. Die reformierte Partei besass kein eigenes Organ und war darauf angewiesen, ihre Korrespondenzen im *Tagblatt* unterzubringen, die jeweils mit einem «L» in stehendem Oval gekennzeichnet wurden.

¹³⁸ Echo 19.—25.11.1912.

¹³⁹ ST 13.12.1913.

¹⁴⁰ Grenzbote 23.2.1915.

So blieb die *Liberal-demokratische Partei* über die freisinnige Tageszeitung lose mit der *Freisinnig-demokratischen Partei* verbunden, andererseits verhinderte der Zustand aber eine echte Ablösung vom starken Freisinn und eine echte Oppositionshaltung zu ihm. Sieht man sich in der Entwicklung der Schaffhauser Presse um, will es scheinen, als habe der Weltkrieg bescheidene Ansätze zu einer liberal-demokratischen Zeitung zunichte gemacht. Von 1906 bis 1914 erschien nämlich in der Buchdruckerei von Karl Bachmann der *Allgemeine Anzeiger*¹⁴¹. Dieses Inseratenblatt könnte die Vorstufe eines geplanten Parteiorgans gewesen sein. Karl Bachmann übernahm 1906 das Geschäft von seinem Vater Johann Bachmann¹⁴², der seinerseits als bisheriger Gehilfe das Geschäft im April 1879 von Carl H. Mann übernommen hatte, welcher Redaktor, Drucker und Herausgeber des positiv-evangelischen *Pilger* gewesen war (S. 142). Carl H. Mann hatte 1877 am Schützengraben eine christliche Verlagsdruckerei gegründet, die offensichtlich von seinen Nachfolgern im gleichen Geist weitergeführt wurde. Karl Bachmann gab noch bis 1921 den *Pilger von Schaffhausen* als Kalender heraus.

Die Organisation der Katholiken

Katholischer Zuzug

Schaffhausen war bis weit ins 19. Jahrhundert hinein eine protestantische Hochburg und bezeichnete bis 1876 die evangelisch-reformierte Konfession als Staatsreligion. In der Verfassungsrevision von 1873/1876 verlangte Carl Sigerist-Schelling eine konsequente Trennung von Kirche und Staat und die Verteilung sämtlicher Kirchengüter¹⁴³. Soweit kam es allerdings nicht. Die neue Verfassung erklärte die herkömmliche evangelisch-reformierte Landeskirche und die katholische Kirchgemeinde Ramsen als öffentliche kirchliche Korporationen, die sich selbst organisieren konnten, aber der Aufsicht des Staates unterstanden¹⁴⁴. Faktisch dauerte das reformierte Schaffhauser Landeskirchentum verfassungswidrig bis zur Einführung der Kirchenverfassung am 14. April 1915 fort.

¹⁴¹ Blaser 49.

¹⁴² ST 2.7.1906.

¹⁴³ Müller 96.

¹⁴⁴ Kantonsverfassung 1876, Artikel 49—51 (GS³ 6,1881,14).

Die materielle Trennung von Kirche und Staat ist noch heute (1975) nicht völlig durchgeführt¹⁴⁵.

Gegen die Vorherrschaft der reformierten Staatskirche wirkte schon vor der Jahrhundertwende der Zuzug von katholischen Handwerksgesellen, Dienstboten, Industrie- und Bauarbeitern aus der badischen Nachbarschaft und aus Italien¹⁴⁶. Vor den Gründerjahren und der Industrialisierung war der prozentuale Anteil der katholischen Wohnbevölkerung des Kantons gering. 1860 betrug er 7 Prozent, um dann rasch auf 13 Prozent (1888) und sogar 22 Prozent (1910) anzusteigen. Die Zunahme wurde durch den Ersten Weltkrieg abgestoppt, und der Anteil blieb in den folgenden Jahrzehnten konstant. In den Industriegemeinden Schaffhausen und Neuhausen war die Expansion der katholischen Bevölkerung noch grösser. Sie nahm in Schaffhausen von 16 Prozent (1870) auf 31 Prozent (1910) zu, in Neuhausen von 21 Prozent (1870) auf 36 Prozent (1910)¹⁴⁷.

Die Geschlossenheit der Schaffhauser Landeskirche einerseits und die sozioökonomische Stellung der katholischen Zuzüger andererseits verhinderten eine gemeinsame konservative Politik mit föderalistischer Grundhaltung, wie sie in andern Kantonen zwischen Reformierten und Katholiken angestrebt wurde¹⁴⁸. Durch die Entscheidung von Pfarrer Josef Bohrer, der sich zuerst offen gegen Syllabus und Vatikanum erklärt hatte, am 28. Oktober 1876 aber unter die Obhut der römisch-katholischen Kirche zurückkehrte, wandte sich der grössere Teil der praktizierenden Katholiken einer Politik zu, die sich nach dem ultramontanen, das heisst jenseits der Alpen residierenden Oberhaupt der Weltkirche ausrichtete. Eine Minderheit sammelte sich in der nationalen christkatholischen Genossenschaft und verfolgte unter Adam Küth eine freisinnige Politik¹⁴⁹. Die christkatholische Gemeinde wurde 1890 in den Stand einer öffentlich-rechtlichen Korporation erhoben, während die römisch-katholische Kirche bis 1968 auf diese Anerkennung warten musste. Ausdruck der Geschlossenheit und der Emanzipation der römisch-katholischen Bevölkerung wurde der Bau

¹⁴⁵ GS³ 12,1915,45—48. Motion Hädener betreffend Verfassungsmässigkeit der Pfarrerbesoldungen (Amtsblatt 1969,1172,1583).

¹⁴⁶ Festschrift Katholische Genossenschaft 239,240,253.

¹⁴⁷ Die Prozentzahlen wurden gewonnen aus der Gegenüberstellung der Tabelle in Festschrift Katholische Genossenschaft 240 und der Bevölkerungstabelle in Müller 150.

¹⁴⁸ Gruner, Parteien 107—110.

¹⁴⁹ Festschrift Katholische Genossenschaft 202—218.

der neugotischen Kirche im Fäsenstaub Schaffhausen. 1885 erfolgte die Einweihung. Im gleichen Jahr wählten die Glaubensgenossen Pfarrer Johann Franz Weber. Eine kraftvolle Kämpfernatur und autoritäre Persönlichkeit löste damit den ausgleichenden Pfarrer Bohrer ab. Weber war einer der wenigen Pfarrherren, die in demokratischer Weise von den Schaffhauser Katholiken allein gewählt werden konnten. Bis 1876 erfolgte die Wahl der reformierten und katholischen Pfarrer unter Mitwirkung des Regierungsrates¹⁵⁰, nach dem Erscheinen des «Codex Iuris Canonici» im Jahr 1918 blieb die Ernennung der römisch-katholischen Pfarrer dem zuständigen Bischof vorbehalten¹⁵¹.

Christlich-soziale Bestrebungen

Die wachsende katholische Bevölkerung brauchte Jahre, um sich zu organisieren und endlich nach 1900 in die Politik einzugreifen. Mehr als sein Vorgänger wandte sich Johann Franz Weber dieser Aufgabe zu, indem er einen der Diasporasituation angemessenen sozialen Katholizismus betrieb, der sich vorerst mehr gewerkschaftlich als politisch verstand. Er schuf sich auf Landesebene einen Rückhalt, indem er mit den Sozialpolitikern Dr. Caspar Decurtins (Graubünden), Dr. Josef Beck (Luzern) und Dr. Ernst Feigenwinter am 8. Dezember 1888 den «Verband Katholischer Männer- und Arbeitervereine» gründete, dem zuerst Pfarrer Burtcher in Rheinau vorstand. Die Bedeutung dieses sozialpolitisch fortschrittlichen Gremiums nahm bald internationales Ausmass an:

In der welschen Schweiz hatte Bischof Kaspar Mermillod (1824 bis 1892), nicht zuletzt angeregt durch das Wirken des Mainzerbischofs, Wilhelm von Ketteler (1811—1877), insbesondere durch dessen bahnbrechende Schrift «Die Arbeiterfrage und das Christentum», mit etwa 60 gelehrten katholischen Männern 1883 die «Union catholique sociale» begründet. Die von dieser zeitaufgeschlossenen Studiengemeinschaft erarbeiteten Thesen wurden von Bischof Mermillod nach Rom geleitet. Weitgehend auf der Grundlage dieses Materials veröffentlichte Papst Leo XIII. am 15. Mai 1891 die Enzyklika «Rerum novarum» über die Arbeiterfrage. Damit hatten die Bestrebungen der Männer- und Arbeitervereine von höchster

¹⁵⁰ Müller 35.

¹⁵¹ Festschrift Katholische Genossenschaft 219. «Codex Iuris Canonici» in Brockhaus Enzyklopädie 4,100.

*kirchlicher Stelle ihre Bestätigung gefunden. Um die christliche Soziallehre auch ausserhalb des Verbandes, insbesondere unter den Jungarbeitern, zu verbreiten, drängte sich naturnotwendig die Herausgabe eines regelmässig erscheinenden Organs auf*¹⁵².

Dieses Organ wurde *Der Arbeiter*, das von Bolli & Böcherer zuerst im ehemaligen Hotel Witzig in Dachsen, später in Schaffhausen gedruckt wurde. Es diente den Schaffhauser Katholiken bis 1904 als lokale Zeitung, um so mehr als der ortsansässige Bruder von Pfarrer Weber, Kaplan Ignaz Weber, die Redaktion besorgte. Das christlich-soziale Wochenblatt verstand sich aber eher als Verbreiterin der katholischen Soziallehre und vertrat die Interessen der schweizerischen Arbeiterschaft. Auf nationaler und überkonfessioneller Basis wurde damals versucht, die Arbeiterfrage zu lösen. Der Linksdemokrat Theodor Curti handelte nach der Devise «Gewissensfreiheit und Sozialreform», und von Dr. Caspar Decurtins ist das Wort überliefert: «Der Hunger ist weder katholisch noch protestantisch.» Der 1887 gegründete zweite schweizerische Arbeiterbund war das Forum, in dem Decurtins versuchte, die Arbeiterschaft als Stand im Sinn einer korporativen Doktrin und der Enzyklika «*Rerum novarum*» in den modernen Industriestaat zu integrieren¹⁵³. Das Unternehmen scheiterte an den weltanschaulichen Gegensätzen von Sozialdemokraten und Katholiken. Die christlich-soziale Gewerkschaftsbewegung begann, auf rein katholischer Basis ihre Ziele zu verfolgen. Am 1. Januar 1903 ging der *Arbeiter* an den «Verband christlich-sozialer Arbeiterorganisationen» über, wechselte die Redaktion und 1905 auch den Druckort.

Schaffhauser Zeitung

Die Schaffhauser Katholiken gingen durch diesen Umschwung ihres Organs verlustig und ergriffen Massnahmen für eine eigene, politische Zeitung. Im Herbst 1904 erfolgte die Gründung eines katholischen Pressvereins, der durch Herausgabe von Anteilscheinen in der Lage war, mit der Firma Bolli & Böcherer einen Druckvertrag abzuschliessen und den Juristen Theodor Lunke als neben-

¹⁵² SZ 30.6.1954. Zur Enzyklika «*Rerum novarum*» und ihre die katholischen Arbeitervereine fördernden Auswirkungen vgl. Franz Klüber, *Katholische Gesellschaftslehre*, Osnabrück 1968, 269—293. Zum schweizerischen Verband katholischer Männer- und Arbeitervereine vgl. Markus Schmid, *Josef Becks Versuch einer Politik sozialer Demokratie und Verständigung*, Stans 1965, 14—42.

¹⁵³ Gruner, Parteien 110.

amtlichen Redaktor zu engagieren¹⁵⁴. Am 17. Dezember 1904 erschien die erste Ausgabe der *Schaffhauser Zeitung III*. Das Ziel des neuen Lokalorgans scheint vorerst gewesen zu sein, den Gläubigen beider grossen Konfessionen ein Organ zu schaffen. Dieses Bestreben geht aus der Redaktionserklärung deutlich hervor:

Diese Zeitung soll unter den drei Schaffhauser Tagblättern die positive, christlich-gläubige Weltanschauung in der Religion, Politik und Gesellschaft vertreten und verteidigen. Diese Weltanschauung des gläubigen Protestanten und kirchentreuen Katholiken wird von manchen als überwundener Standpunkt gehalten, in der Tat tritt unsere Richtung jugendfrischer auf als je. Man hat in einer gewissen Presse bereits gegen die neue Zeitung Stimmung zu machen gesucht, als hätte man es dabei auf konfessionelle Absonderung und gegenseitigen Kampf abgesehen. Nun ist durchaus nicht zu fürchten, dass wir die Gemüter verletzen und auf religiösen Hader ausgehen werden. Die Schaffhauser Zeitung wird alle Angriffe und Streitigkeiten mit den Angehörigen anderer Glaubensrichtungen streng vermeiden; denn sie ist nicht zum Angriff, sondern zur Abwehr gegründet worden, und zwar zur Abwehr vorzüglich des Materialismus und des Unglaubens, der fast ausschliesslich die öffentliche Meinung und das öffentliche Leben zu beherrschen sucht, und vielleicht schon beherrscht, wozu die Presse ihr Möglichstes getan¹⁵⁵.

Dass sich die *Schaffhauser Zeitung III* gegen die kirchenfeindliche Politik der Sozialdemokraten und der Freisinnigen um Heinrich Bolli und Carl Spahn wenden würde, war aus der Wahl des ersten Redaktors herauslesbar. Der Tradition entsprechend hätte Theodor Lunke nach einem juristischen Studium und einer militärischen Karriere, die ihn bis zum Major führte, durchaus in die Reihen der Schaffhauser Freisinnigen hineingepasst. Seiner sozialen Herkunft gemäss hätte er auch als Arbeiteradvokat der *Sozialdemokratischen Partei* angehören können, denn sein Vater war ein eingewanderter deutscher Schuhmachermeister¹⁵⁶. Weder das eine noch das andere erwies sich als sinnvoll, weil Lunke in diesen Kreisen mit seinen sozialen und christlichen Anliegen nicht durchdringen konnte. Den Versuch dazu hatte er gemacht. Mit seinem

¹⁵⁴ SZ 30.6.1954.

¹⁵⁵ SZ 17.12.1904.

¹⁵⁶ Nachruf in SZ 28.12.1954, SN 29.12.1954.

Freund, Staatsanwalt Emil Frauenfelder, betätigte er sich vorerst im *Politischen Verein* und war Sekretär der *Politisch-freisinnigen Vereinigung*. Erst deren Zerfall führte Lunke auf eigene politische Wege¹⁵⁷. Als erster aus Schaffhausen hervorgegangener katholischer Akademiker war Theodor Lunke, der als Gerichtsschreiber eng mit dem politisch dominierenden Juristenstand zusammenarbeiten musste, prädestiniert dazu, die Leitung des neuen Blattes zu übernehmen. Doch für die Freisinnigen galt er als ultramontan, für die Katholiken zu freisinnig. «Nicht in voller Minne» verliess er nach zweieinhalb Jahren interner Kämpfe die Redaktion im Juni 1907¹⁵⁸. Für ihn wurde Dr. Ferdinand Buomberger, der kompromisslose Sekretär der christlich-sozialen Organisationen der Schweiz, berufen, welcher seiner festen Haltung wegen die Chefredaktion der *Ostschweiz* hatte niederlegen müssen. Der neue Redaktor des katholischen Blattes wurde unter anderem durch das Schaffhauser Heimwehlied «Auf des Munots altem Turme» berühmt. Er verliess aber die *Schaffhauser Zeitung* bereits 1910 wieder und trat die Schriftleitung an Kaplan Ignaz Weber ab; von ihm übernahm sie dann Theodor Lunke für die Jahre 1917 bis 1921 wieder¹⁵⁹.

Katholikenverein und Christlich-soziale Partei

Von 1907 an lässt sich die Teilnahme des *Katholikenvereins* an den Grossstadtrats- und Kantonsratswahlen im Wahlkreis Schaffhausen beobachten. Bei den Gesamterneuerungswahlen von 1908 wurden die Katholiken nicht in die Absprachen über den freiwilligen Proporz einbezogen und somit völlig übergangen. Musikdirektor August Schmid, der kurz vor dem Wahlherbst als Kandidat des *Katholikenvereins* portiert worden war, wurde vom *Intelligenzblatt* einer ultramontanen Hetzpolitik beschuldigt¹⁶⁰. Auch aus andern Zeitungsnotizen geht hervor, dass die Katholiken tatsächlich gegen mehr Vorurteile ankämpfen mussten als die Sozialdemokraten. Im November des gleichen Jahres schlug das *Intelligenzblatt* gar vor, die Kreise um die *Schaffhauser Zeitung* sollten sich offiziell als «Ultramontane Partei» erklären. Die Antwort lautete bescheiden, man werde sich nächstens der entsprechenden schweizerischen Zentralvereinigung anschliessen¹⁶¹.

¹⁵⁷ Amtsblatt 1945,44. Vgl. S. 143.

¹⁵⁸ SZ 30.6.1954.

¹⁵⁹ SZ 30.6.1954, S. 560.

¹⁶⁰ SI 1.6.1908.

¹⁶¹ SI 9.11.1908.

Der Wunsch nach grösserer politischer Durchschlagskraft führte im Frühjahr 1911 zu einem Zusammenschluss verschiedener katholischer Vereinigungen. Die Generalversammlung des *Katholikenvereins* vom 25. März 1911 beschloss unter dem Präsidium von Theodor Lunke eine Statutenrevision, welche die Gründung einer «politischen Sektion» ermöglichte¹⁶². Mit den Statuten wurde das Programm der *Christlich-sozialen Partei des Kantons Schaffhausen* beraten und in der *Schaffhauser Zeitung* veröffentlicht¹⁶³. An der Fortsetzung der Generalversammlung vom 30. März erfolgte die Namensänderung vom *Katholikenverein* zum «Katholischen Volksverein» und die Wahl von Dekan Weber zum neuen Präsidenten, womit die «in aller Minne beschlossene Zentralisation unserer Vereine»¹⁶⁴ beendet war. Dem selbst nicht politischen Dachverband «Katholischer Volksverein» gehörten nun der «Gesellenverein» (gegründet 1863), der «Männerverein» (gegründet 1886), die älteren Mitglieder des «Jünglingsvereins» (gegründet 1884), der «Arbeiterverein» (gegründet 1902) und der «Katholische Arbeiterverein Neuhausen» an¹⁶⁵. Die sechste Sektion bestand aus der neugegründeten *Christlich-sozialen Partei des Kantons Schaffhausen*, die am 4. Mai 1911 ihre erste öffentliche Versammlung veranstaltete¹⁶⁶. Ferdinand Buomberger übernahm es, über Statuten und Programm zu referieren. Als Gründungsmotiv wurde die «Verwerfung des Klassenkampfes» erwähnt und die Forderung nach Gleichberechtigung aller Parteien und ihre angemessene Vertretung in den Behörden gestellt. Die *Christlich-soziale Partei* trat ein für die Gleichstellung aller Konfessionen und deren völlige Unabhängigkeit vom Staat. Sie verlangte einen konfessionslosen Unterricht in der Schule und die Parität der Seelsorge in den staatlichen Anstalten. In Organisation und Programm entsprach die neue Partei weitgehend den andern schweizerischen christlich-sozialen Vereinigungen, nur die Forderung des «Frauenstimmrechtes»¹⁶⁷ wurde in Schaffhausen nicht erhoben. Die ausdrückliche Verwerfung des Klassenkampfes weist auf die soziale Stellung der Schaffhauser Katholiken hin. In der ausgeprägten Diaspora rekrutierten sich die katholischen Parteigänger aus den Arbeiterschichten, die

¹⁶² SZ 25.3.1911.

¹⁶³ SZ 27.3.1911.

¹⁶⁴ SZ 2.5.1911.

¹⁶⁵ SZ 29.4.1911. ST 3.5.1911. Festschrift Katholische Genossenschaft 189,222,226. Von einer Gründung des Katholischen Männervereins, der den Altkatholiken gegenüberstehe, berichtet bereits SI 7.1.1873.

¹⁶⁶ SZ 4.5.1911.

¹⁶⁷ Gruner, Parteien 115,117.

auch Rekrutierungsbasis der *Sozialdemokratischen Partei* waren. Die Konkurrenz der beiden Arbeiterparteien darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie sich in Sachfragen teilweise einig waren. Die *Christlich-soziale Partei* unterstützte beispielsweise 1913 die Steuerinitiative des Sozialdemokraten Meier-Lanz, die eine Entlastung für die Arbeitnehmerschichten bringen sollte¹⁶⁸.

Wahlen

Die *Christlich-soziale Partei* konnte bis 1918 im Wahlkreis Schaffhausen folgende Stimmen- und Sitzanteile erreichen¹⁶⁹:

Wahljahr	Grosser Stadtrat			Kantonsrat		
	Anteil Stimmen	Sitze absolut	Anteil Sitze	Anteil Stimmen	Sitze absolut	Anteil Sitze
1912	1,9 0/0	0	0,0 0/0	2,4 0/0	1	2,8 0/0
1916	4,6 0/0	2	6,7 0/0	2,7 0/0	1	2,8 0/0
1918*				17,4 0/0	4	8,0 0/0

* 1918 wurde die Sitzzahl im Grossen Stadtrat von 36 auf 50 erhöht, und entsprechende Ersatzwahlen wurden getroffen.

An der Steigerung der Wählerstimmen zwischen 1912 und 1918 sind zwei Umstände schuld. Eine innere Stärkung des katholischen Bevölkerungsanteils erfolgte unter anderem durch die christlich-soziale Gewerkschaft, die ab 1918 ein eigenes Arbeitersekretariat führte. Nach aussen führte die *Christlich-soziale Partei* einen Kampf gegen die internationalen Sozialisten, die durch ihre Anti-Burgfrieden-Politik während des Weltkrieges in den Geruch von «Landesverrättern» kamen. Bereits 1916 liessen darum die verschreckten Bürgerlichen ihre Reserve gegenüber den einst bekämpften «Ultramontanen» fallen und nahmen die Katholiken in ihre antisozialistische Front auf. Das hinderte die *Christlich-soziale Partei* nicht, 1917 den Sozialdemokraten Hermann Schlatter als Stadtpräsidentenskandidaten zu unterstützen¹⁷⁰. Sie erhofften sich, in der folgenden Stadtratswahl die Unterstützung der Sozialdemokraten bei der Nomination eines christlich-sozialen Kandidaten zu erhalten. Für den Stadtratskandidaten Theodor Lunke und die *Christlich-soziale Partei* ging allerdings die Rechnung am 20. und 27. Januar 1918 nicht ganz auf. Die *Sozialdemokratische Partei* hatte im

¹⁶⁸ ST 30.10.1913.

¹⁶⁹ Vgl. Erklärung in Anmerkung 103, Seite 239.

¹⁷⁰ SZ 30.11.1917.

vollen Bewusstsein ihrer momentanen Stärke in Arbeitersekretär Emil Meyer einen eigenen Kandidaten portiert, der im zweiten Wahlgang gewählt wurde¹⁷¹. Die kantonale Proporzinitiative von 1917 und die 1918 durch Vergrößerung des Grossen Stadtrates nötig gewordenen Ersatzwahlen führten die Minderheitsparteien (SP, GV, LDP, CSP) ein letztes Mal zusammen, dann zerschnitt das Generalstreikgeschehen das Tischtuch zwischen den sozialistischen und bürgerlichen Parteien auf Jahrzehnte.

Katholische Vertreter der Landschaft

Die parteipolitische Betätigung der Katholiken erstreckte sich auch auf die Wahlkreise Neuhausen am Rheinfall, Stein am Rhein und Ramsen. Ramsen als einzige paritätische Gemeinde beschickte den Kantonsrat als erste mit einem Katholiken. Von 1885 bis zu seinem Tod im Jahr 1915 vertrat der auf Gut Wylen wohnhafte Gemeindepräsident und Landwirt Theodor Ruh als einziger kantonaler Parlamentarier die katholisch-konservative Minderheit¹⁷². Eine kurze Zeit wurde er allerdings assistiert vom katholischen Steiner Stadtrat Hubert Röllin, der 1901 bei einem Mandatgewinn des Wahlkreises in den Kantonsrat gewählt wurde, 1908 nach einem heftigen Wahlkampf aber den Sitz an einen Freisinnigen verlor. Während Stein am Rhein für die Katholiken endgültig verloren war, hatte Ramsen ab 1921 in Gemeindepräsident Hermann Gnädinger wieder einen katholischen Vertreter im Kantonsrat. Gnädinger schloss sich, da eine katholische Fraktion damals noch nicht bestand, bis 1928 der Bauernfraktion an. Im Wahlkreis Neuhausen am Rheinfall hatte die katholische Partei erst 1928 Erfolg bei den Kantonsratswahlen. Ihr Kandidat, Redaktor Ernst Naef, wurde auf einer freisinnigen Liste gewählt (S. 552).

Die *Christlich-soziale Partei Schaffhausen* war vor dem Generalstreik mit den katholischen Wählern der Landschaft nur lose verbunden. Als sie durch die Radikalisierung und die Erfolge der Arbeiterschaft zahlreiche Wähler an die kämpferischen Linksparteien verlor, wandte sie sich stärker der mittelständisch-korporativen Doktrin zu. Unter der Führung von Rechtsanwalt Dr. Josef Ebner richtete sie sich auf das gesamte katholische Bürgertum aus und rückte in den Jahren bis 1936 an die äussersten Rechte der parteipolitischen Palette (S. 519).

¹⁷¹ SI 20.1.1918, 28.1.1918.

¹⁷² Nachruf in Grenzbote 16.1.1915.